

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 241 · 21. JAHRGANG · AUSGABE 2/2015 VOM 3. FEBRUAR 2015 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

3 | **Ein neuer »Rußlandfeldzug« – diesmal als Farce**
Zur Tragödie in der Ukraine

4/5 | **Ein Menü, das alle betrifft**
Haushaltsdiskussion in Eberswalde

12/13 | **Ein Stein aus der EU-Mauer ist brüchig**
Nationale Revolution der Griechen

Foto: URSULA WEISGERBER



Panketal bleibt Zanketal

Im Kreistag Barnim und in der Gemeinde Panketal sind im Januar und Februar die gleichen Themen zu entscheiden:

- Der Haushalt des Landkreises Barnim und der Haushalt der Gemeinde Panketal

- Der Trägerwechsel des Schulstandortes Schwanebeck von der Gemeinde zum Landkreis – so wie es in Eberswalde in der Sellheimschule vor Jahren zum Vorteil für Schüler, Lehrer und kommunale Haushalte erfolgte

- Der Nahverkehrsplan für den Landkreis Barnim zeigt das Buslinienkonzept nicht nur für den Eberswalder Obus sondern für den gesamten Landkreis. Dabei ist der kreisliche Nahverkehrsplan für die Panketaler von besonderem Interesse. Im letzten Jahr wurde das länderübergreifende Busliniennetz zwischen Berlin und Barnim in Betrieb genommen. Kernstück ist ein gemeinsames Busliniennetz zwischen den Ländern Berlin und Brandenburg im südlichen Barnim zwischen Berlin/Buch-Ahrensfelde/Berlin Hohenschönhausen – Bernau und Panketal. Die Gemeinden Ahrensfelde und Panketal beteiligen sich sogar an der Finanzierung.

Die Entscheidungen im Panketaler Rathaus verlaufen allerdings nicht ohne Diskussionen und Zankerei. Da kann man schon von der Barnimer 20.000-Einwohner-Gemeinde am Rande Berlins von Zanketal in Panketal sprechen.

In den vergangenen Jahren haben die Bürger allein vier Bürgerentscheide erzwungen:

- einen Bürgerentscheid zum Straßenausbau und zum Erhalt einer Baumallee
- ein Bürgerbegehren zum sinnvollen Straßenausbau aller Gemeindestraßen in der Gemeinde
- ein Bürgerentscheid im Jahre 2013 zu einem dritten Grundschulstandort in Panketal
- ein Bürgerentscheid zu Kita-Plätzen im Jahre 2014.

Auch in der Gemeindevertretung am letzten Montag im Januar gab es viel Zank in Panketal. Die Verbesserung der Essensversorgung und die zukünftigen Schülerzahlen in der Gesamtschule standen zur Abstimmung. Mit 13:13 Stimmen verfehlte der Sozialausschuß als Antragsteller das Ziel einer Vierzügigkeit um eine Stimme im Gemeindeparlament. Wenigstens der Kompromißantrag für 100 zusätzliche Schülerplätze führte zum Erfolg für mehr Schüler an der Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe.

In der nächsten Ausgabe der Barnimer Bürgerpost werden wir auch zu diesen Themen sowie zu möglichen Gefährdungen des Trinkwassers im Wasserwerk Zepernick berichten.

JOCHEN BONA,
Gemeindevertreter Panketal

Beim Feste feiern läßt sich Eberswalde nicht lumpen

Eberswalde (bbp). Die Kulturförderung in Eberswalde gehört zu des Bürgermeisters liebsten Kindern. Das spiegelt sich auch im städtischen Haushalt wider. So steigen die Ausgaben für die »Förderung der Kultur und Durchführung eigener städtischer Veranstaltungen« (Produktgruppe 28.40, Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit) von 380.000 Euro laut Jahresabschluß 2011 auf 633.000 Euro im Haushaltsplan für das Jahr 2015.

Ob es dabei bleibt, ist allerdings unklar. Für 2012 waren beispielsweise laut Doppelhaushalt 2013/14 Ausgaben in Höhe von 331.000 Euro vorgesehen. Die Jahresrechnung für 2012 ging dann von einem »fortgeschriebenen« Planansatz von 444.000 Euro aus. Tatsächlich ausgegeben wurden am Ende 528.000 Euro. Mithin 197.000 Euro mehr als ursprünglich geplant. Ähnlich sah es im Jahr 2013 aus, als 556.000 Euro an Ausgaben geplant waren und 635.000 Euro realisiert wurden – 79.000 Euro mehr.

Der Plan für 2015 orientiert sich offenbar an den 2013 abgerechneten Kosten. Demnach sind zumindest für 2014 ebenfalls noch zusätzli-

che Ausgaben zu erwarten, die deutlich über den 480.000 Euro liegen, die der Doppelhaushalt 2013/14 ursprünglich vorsah.

Dies lassen auch die Abrechnungen für das Eberswalder Stadtfest FinE vermuten. Hier lagen die Kosten im Jahr 2010 noch bei 55.000 Euro. Im Jahr 2013 kostete das Fest dann schon 78.000 Euro. Im Bürgermeisterwahljahr 2014 schließlich schnellten die Kosten, nicht zuletzt infolge der im Rahmen des Stadtfestes gefeierten Eröffnung der »Stadtpromenade«, auf 90.000 Euro hoch.

»Bis auf die Straßenkulturaktionen und die Tanznacht, mit denen Udo Muczynski beauftragt wurde und 2013 und 2014 jeweils 17.950 Euro erhalten hat«, so Kulturamtsleiter Stefan Neubacher, »waren alle Aufträge Sache der laufenden Verwaltung, über deren Vergabe nicht vom Hauptausschuß oder der Stadtverordnetenversammlung entschieden wurde«

In den 2015 geplanten Ausgaben von 633.000 Euro sind übrigens die 17.500 Euro für den Eberswalder Weihnachtsmarkt nicht mehr wie bisher enthalten. Ab 2015 wird der Weihnachtsmarkt über eine eigene Produktgruppe (57.32) abgerechnet.

Nazi als Ehrenbürger

Der Eberswalder Lionsclub verkündete kürzlich die Absicht, die Vorsitzenden der Eberswalder Stadtfractionen zum 24. Februar in die Alte Brauerei (ehemalige Bierakademie) zu laden. Der Lobbyverein stadterwaltungsnaher Eberswalder Unternehmen will die Stadtpolitiker davon überzeugen, den als Nobelpreisträger bekannt gewordenen Werner Forßmann, der als solcher bereits Namensgeber des kommunalen Krankenhauses in Eberswalde ist, auch noch posthum die Eberswalder Ehrenbürgerschaft zu verleihen.

Von der Unsinnigkeit abgesehen, daß hier ein längst Verstorbener als Ehrenbürger faktisch wieder ausgegraben – also Leichenflederei betrieben werden soll, blendet das wohl-tätige Unternehmernetzwerk aus, daß selbiger Forßmann ein strammer Nazi war.

Bereits 1932 – also vor der sogenannten Machtergreifung – trat Forßmann der NSDAP bei. Er war auch Mitglied der Sturmabteilungen (SA) und des Nationalsozialistischen Ärztebundes. Über seine zum Teil sehr guten Beziehungen zu hochrangigen Mitgliedern der SS wird in der Wikipedia ausführlich berichtet. Noch vor Beginn des 2. Weltkriegs meldete er sich freiwillig zur Wehrmacht. Als Sanitätsoffizier nahm er an den Überfällen auf Polen sowie Dänemark und Norwegen teil. 1941/42 zog er mit der Sanitätskompanie der 123. Infanteriedivision gegen die Sowjetunion. Nachdem Forßmann zeitweise zur Beobachtung und Überwachung von Hinrichtungen im Zuchthaus Brandenburg-Görden herangezogen wurde, wandelte er die Heil- und Pflegeanstalt Neuruppin im Rahmen der »Aktion Brandt« in ein Lazarett für Schwerstverletzte um. Bei der »Aktion Brandt« wurden die Heil- und Pflegeanstalten von ihren geisteskranken Insassen oft mittels Euthanasie »geräumt«. Zum Kriegsende floh Forßmann vor der Roten Armee in Richtung Westen in US-Kriegsgefangenschaft.

Über seine Tätigkeit während der Zeit des Faschismus existieren nur die Selbstzeugnisse seiner Autobiographie. Was an seinen Selbstaussagen, nach denen er nur »Mitläufer« war, wirklich dran ist, kann heute niemand mehr sagen. Allerdings sprechen schon die bekannten Informationen für sich. Es muß erstaunen, daß der Lionsclub nach ähnlichen Diskussionen im Zusammenhang mit Rudolf Schmidt – vor allem vor dem aktuellen Hintergrund der PEGIDA-Demonstrationen – überhaupt auf die Idee kommt, für einen alten Nazi die Eberswalder Ehrenbürgerwürde einzufordern.

Bei allem Respekt vor der hier am Eberswalder Krankenhaus erbrachten medizinischen Leistung, für die Forßmann sicherlich zurecht den Nobelpreis bekam, sollten die Verantwortlichen im Landkreis angesichts der nun vom Lionsclub losgetretenen Debatte vielleicht besser über einen anderen Namen für das Eberswalder Krankenhaus nachdenken.

GERD MARKMANN

Kreistag Barnim:

SPD-CDU-LINKE-Koalition

Panketal/Eberswalde (bbp). Der Kreisvorstand der Barnimer Linken beriet am 28. Januar in der Weinstube in »Leo's Pension und Restaurant« im Panketaler Ortsteil Zepernick gemeinsam mit Basisgruppenvorsitzenden unter anderem über ein »Grundlagenpapier« zur Zusammenarbeit im Kreistag mit der SPD und der CDU. In den drei Kreistagsfraktionen wird darüber seit Dezember diskutiert.

Die Initiative zur engeren Kooperation der drei großen Fraktionen soll von Landrat Bodo Ihrke ausgegangen sein, berichtete im Januar die lokale Tageszeitung. Der reagierte damit auf eine im November erlittene Schlappe, als sich auf Antrag von BVB/Freie Wähler eine Mehrheit der Abgeordneten gegen eine Kreisfusion mit der Uckermark aussprach. Mit der angestrebten Kooperation zwischen den drei stärksten Fraktionen könnten solche unliebsamen Überraschungen vermieden werden, hieß es.

Der Vorsitzende der linken Kreistagsfraktion Lutz Kupitz hat die Inhalte der Vereinbarung schon verinnerlicht und zum linken Neujahrsempfang am 16. Januar im Waldsolarheim als Ziele aufgelistet, für die sich seine Fraktion in dieser Wahlperiode einsetzen wolle. Zu den neun Punkten, die Kupitz aufzählte, gehören ein Förderprogramm »Arbeit für Barnim«, um die hohe Langzeitarbeitslosigkeit abzubauen, eine stärkere Förderung für strukturschwache Teile des Landkreises, die Bildung eines Kreisenergiewerkes, Radwegebau und Ertüchtigung des Finowkanals, die Übertragung der Trägerschaft für alle weiterführenden Schulen an den Kreis und Schulsozialarbeiter an allen kreislichen Schulen. Allerdings hielt Kupitz zu diesem Zeitpunkt noch geheim, daß alle diese Punkte dem Entwurf der Kooperationsverein-

barung, die mittlerweile für die innerparteiliche Diskussion in »Grundlagenpapier« umgetauft wurde, entnommen wurden.

Der Landrat hatte zum Neujahrsempfang schon mal ein Zeichen gesetzt. Seit Jahren war er erstmals unter den Gästen, in seiner Begleitung auch der neue SPD-Kreistagsfraktionsvorsitzende Torsten Jeran.

Während die linke Basis noch diskutiert, erfüllt sich die neue Kooperation im Kreistag bereits mit Leben. Die von Kupitz zum Neujahrsempfang angesprochenen Punkte finden sich in neun Beschlusvorlagen wieder, die der Kreistag am 11. Februar behandeln wird.

Für die beiden Vorlagen »Entwicklung wirtschaftsnaher kommunaler Infrastruktur« und »Unterstützung Willkommensinitiativen und ehrenamtlicher Flüchtlingshilfe« zeichnen alle drei Kooperations-Fractionen als Einreicher zuständig. Die »Weiterführung des Programms 'Arbeit für Brandenburg' auf kreislicher Ebene« und ein »Pilotprojekt zur Gründung eines kreislichen Energiewerkes im Barnim« haben die Linken gemeinsam mit der SPD eingereicht. Die Fraktionen der SPD und der CDU sind zusammen für ein »Betreiberkonzept Finowkanal und Mittelbereitstellung für Schleusensanierung« verantwortlich. Schließlich gibt es drei Einzelvorlagen von der CDU zur »Bereitstellung von Mitteln zur Förderung von Tourismusinformationsstellen im Landkreis Barnim«, von der Linken zur »Einführung von Schulsozialarbeit an kreislichen Schulen« und von der SPD zur »Einführung eines Schülerhaushaltes«. Das neunte Kooperationsziel, den »Radwegeausbau«, hat der Ausschuß für Territorialplanung, Bauen und Wohnen, Gewerbe und Wirtschaft (A4) als Beschlusvorlage in den Kreistag eingebracht.

Eine notwendige Klarstellung:

Ihrke versprach 5.000 Arbeitsplätze

In einem Artikel einer Barnimer Zeitung wird behauptet, daß das Schweinezucht- und -mastkombinat für eine DM an die Konkurrenz verkauft wurde. Das ist eine Fehlinformation. Der Verkauf erfolgte an die Kreisverwaltung unter Landrat Ihrke (SPD). Diese ist auch dafür verantwortlich, daß das Kombinat für 30

Mio. DM abgerissen wurde, obwohl eine reale Konzeption für eine zumindest teilweise Weiterführung von der Belegschaft vorlag. Mit dem Abriß wurden dem Mischfutterwerk und dem SVKE wesentliche Arbeitsgrundlagen entzogen. Eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen Landrat Ihrke an Ministerpräsident Stolpe dazu verlief im Sande.

Auf dem Gelände des SZME wurde für weitere 30 Mio. DM ein Gewerbehark errichtet, obwohl in Eberswalde ausreichend Industrie-flächen vorhanden waren. 5.000 neue Arbeitsplätze im Gewerbehark waren damals Diskussionsgrundlage. Nach über 20 Jahren sind auf dem Gelände des SZME etwa gerade so viel Arbeitsplätze entstanden, wie beim SZME vorher vorhanden waren.

Riesige Flächen stehen leer, was wohl auch in der Zukunft so bleiben wird.

GISELA KOCH



30 Mio. DM Fördermittel »investierte« Landrat Ihrke 1991/92 in den Abriß des SZME.

Zur Tragödie in der Ukraine:

Ein neuer »Rußlandfeldzug« – diesmal als Farce

Die Geschichte wiederholt sich, schreibt Karl Marx in Anlehnung an Hegel, als Farce (18. Brumaire, 1851/52). Eine Farce kann »Wahnwitz«, aber auch Posse bedeuten! Zur Aufführung einer Farce braucht man zunächst Mimen, die je nach Deutung Schauspieler oder auch »Vortäuscher« sein können. Daran fehlt es nicht. Wir sehen unverschämte lügende leise »Diplomaten« und Krakeeler. Sie stellen wahnwitzige Behauptungen auf und brauchen im westlichen Herrschaftsraum keinen offiziellen Widerspruch zu befürchten.

So schwafelte Herr Jazenjuk, Ministerpräsident der Ukraine von US-Gnaden, in den Tagesthemen der ARD, am 7.1.2015 von einem sowjetischen Überfall im 2. Weltkrieg auf die Ukraine und Deutschland.

Es gibt natürlich viele weitere Mimen, die eine friedliebende Ukraine vortäuschen. Sie bereiten das nun mal *nötige Töten* mit aberwitzigen Argumenten vor, greifen den von ihnen als Schurken definierten Gegner verbal an, beleidigen und verhöhnen ihn. Sobald sie können, gehen sie zur physischen Vernichtung des ungehorsamen Volkes über. Den bislang nicht besiegbaren russischen Aggressor – also das ganze russische Volk – wird *gerechterweise* auf verschiedene Weise für seine antifaschistische Haltung bestraft, pardon: *sanktioniert*. Denn es stellt sich dem Ziel der Farce, der Vernichtung der Brüder und Schwestern, entgegen. Zu den Mimen zählen auch Vertreter der (Staats)-Medien, die uns skrupellos die Wahrheit verschweigen und dafür offensichtliche Lügen servieren. Und natürlich durch höchste moralische Qualitäten ausgewiesene, lammfromme Regierungen der guten christlichen Welt. Inklusiv der NATO als Bollwerk der Verteidigung gegen das BÖSE aus dem Osten. Denn wie kann es der *russische Bär* wagen, weiter in seinem angestammten Revier zu bleiben. Denn direkt angrenzend liegen jetzt die neuen NATO-Grenzen, von Geisterhand nach Osten vorgeschoben. Daran ist *Mütterchen Rußland* selber schuld, warum hat es den Bären nicht rechtzeitig geweckt?!

Es werden erfahrene Regisseure benötigt, um den erneuten, *hoffentlich* [sic!] siegreichen **Rußlandfeldzug bis zum letzten Ukrainer als Stellvertreterkrieg mit Kollateralschäden** – hier bitte in der Posse laut Krokodilstränen weinen – in Angriff zu nehmen. Auch an diesen gibt es keinen Mangel. Der mit dem Friedensnobelpreis bedachte US-Präsident konnte auf die Drehbücher seiner Dienste zurückgreifen. Aber es fehlte noch eine ordentliche Bühne. Das hat sich mit Gottes Hilfe (auf diesen beruft man sich gern!!) nun geändert. Und natürlich: ein Theater kostet Geld. Dafür werden die Völker, deren Regierungen die Farce betreiben, geschröpft. In Windeseile werden riesige Summen in den Staatshaushalten und auch auf EU/NATO-Ebene *gefunden* und der Oligarchie der Ukraine für ihre ARMEE sowie die besonders grausamen *Söldnerbanden*. Das Kriegsmonster ist schließlich hungrig. Die Armen auf der Welt natürlich nicht. Im Namen der Freiheit ist ein Soldatentod ehrenvoll, daher die massenweise Mobilisierung in der ganzen Ukraine. Und die Abschußprämien!!

Nun fehlt noch das Programmheft. Es genügt ein ständiges Trommelfeuer gegen den ausgemachten Schurken. Denn: daß *der Russe* schon immer an allem schuld war, ist ja seit Menschengedenken *jedem Anständigen* klar. Zur Erinnerung [sic!]: ER, der RUSSE, marschierte 1812 nach Paris, um Napoleon zu fangen; ER überfiel ganz Europa, um Platz für die vielen neuen Bären zu bekommen; ER warf Napalmbomben auf Vietnamesen; im Nahen Osten wütete ER und fast hätten wir es vergessen: ER ließ Atombomben auf japanische Städte fallen. Die *infamen* Russen nötigen jetzt die ukrainische Regierung, einen Krieg gegen das eigene Volk zu führen. Und es ist nicht etwa die ukrainische Regierung, die den Donbass dem Erdboden gleichmacht und die Bevölkerung aushungert. [Rennen kann man den Omas, die alle mit je einer Kalaschnikow und Patronengürteln sowie Granaten durch den Donbass ziehen, nicht zählen. Denn dann werden die *sowie-so erbärmlich niedrigen Einkünfte in russische Panzer umgewandelt. Und die Staatsbediensteten mußte man abziehen, da diese antifaschistische Bevölkerung weder Schulen noch Hochschulen und auch keine Krankenhäuser braucht. Und Lebensmittel und Medikamente erst recht nicht, denn die Terroristen in Gestalt von Kindern und Alten sind besonders überflüssig, wie wir aus Kiew hörten.*]

Nein, den Krieg hat der Präsident Russlands angezettelt. Und die humanitäre Hilfe, die Aufnahme von Flüchtlingen, die Rettung verletzter und hungriger, oft blutjunger ukrainischer Soldaten: das alles ist verdammt nochmal *russisches Teufelszeug*.

Und wen haben wir in der Farce noch vergessen? Die Kampfverbände der russischen Armee. Diese haben, wie Jazenjuk uns belehrt, ebenso böseartig wie die Sowjetarmee, die Ukraine überfallen. Wo sind sie denn? Nehmen wir doch »Des Kaisers neue Kleider« und schon ist alles sonnenklar. Diese böse ROTE ARMEE, aber leider unglaublich tapfer und stark als Armee der Sowjetunion, hat die ungeheure Hauptlast bei der Befreiung der Völker Europas vom Faschismus getragen, unterstützt von einem hart leidenden Hinterland und tapferen Partisanen. Und in dieser Armee waren die Völker der Sowjetunion im Kampf vereint. Oder waren doch nur die Ukrainer die Befreier? Denn es war ja, wie wir jetzt vom besonders belesenen und bissigen polnischen Außenminister G. Schetyna erfahren durften, die 1. **Ukrainische** Front, die zuerst Auschwitz erreichte. Zur Erinnerung: die 1. Ukrainische Front wurde 1943 gebildet, als sich das Blatt wendete und die Faschisten aus der Ukrainischen Sowjetrepublik verjagt wurden. [Die 1. Ukraini-

sche Front mußte neben Wehrmacht und SS auch die Ukrainische Aufstandsarmee (UPA) bekämpfen – eine Truppe ukrainischer Faschisten, die im Krieg gegen die Rote Armee sowie bei der Vernichtung der jüdischen Bevölkerung mit den Deutschen kollaborierte].

Die Autoren der Posse schämen sich nicht, ihre Lügen über den Großen Vaterländischen Krieg in die Welt zu *posaunen*. Das offizielle Gedenken am 27.1.2015 zum 70. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers fand *selbstredend* ohne die Befreier statt. Und die getöteten sowjetischen Kriegsgefangenen waren keiner Erwähnung wert. Übrigens: An eben dem gleichen 27.1. im Jahr 1944, wurde die, weltweit in ihrer Grausamkeit einmalige 900 Tage währende, faschistische Blockade Leningrads beendet. Es starben dort ebenso viele Menschen wie in Auschwitz. Besonders viele Kinder und ihre Großeltern!

Die Ironie der Geschichte will es *irgendwie* so, daß einige Mimen (Marionetten), der heutigen Kiewer Führung ohne den Sieg ihrer sowjetischen Eltern und Großeltern über den Faschismus wahrscheinlich niemals geboren worden wären. Denn Hitler wollte die fruchtbaren Schwarzerdegebiete in der Ukraine und Südrussland von den dort lebenden »unwerten Slawen« – ohne dabei solche unwichtigen Nuancen wie die »russischen« Nationalitäten zu beachten – säubern!! So wie eben jetzt die Kiewer Junta ihr Land. Der Vater von Viktor Juschtschenko, des *orangenen* Präsidenten der Ukraine, war in Auschwitz gefangen. Der Vater von Arseni Jazenjuk ist Lehrer für russische und deutsche Geschichte!!

Brecht läßt Galileo Galilei sagen: »Wer die Wahrheit nicht kennt, ist nur ein Dummkopf. Wer sie aber kennt und eine Lüge nennt, ist ein Verbrecher«. Anders gesagt: Wer es zuläßt, daß zielgerichtet historische Wahrheiten in ihr Gegenteil verkehrt, die Opfer des Faschismus dämonisiert und die Täter reingewaschen werden, ist dringend schlimmster Absichten verdächtig.

Eine tolle Farce, und sogar mit echten Toten!

Dr. MAGDALENE WESTENDORFF

Spendenaktion:

Helft den Kindern von Donezk

Spenden auf das Konto bei der Berliner Sparkasse, IBAN DE80 1005 0000 4184 6308 00, Kontoinhaber: Wolfgang Gehrke, Verwendungszweck: »Hilfe für die Kinder von Donezk«. Das Geld wird zu 100 Prozent für die Kinderhilfe verwendet. Das garantieren und belegen Wolfgang Gehrke und Andrej Hunko. Diese Aktion ist eine private Initiative, daher sind die Initiatoren leider nicht in der Lage, eine Spendenbescheinigung auszustellen.

Geh- und Radwege

Eberswalde (bbp). Rund eine halbe Million Euro beträgt die jährliche Abschreibung für Geh- und Radwege, die in der Straßenbaulast der Stadt Eberswalde liegen. Genau läßt sich die Abschreibung nach Auskunft der Kämmerin RENATE GEIBLER nicht beziffern, weil die Investitionen für Geh- und Radwege an kommunalen Straßen mit diesen zusammen verbucht werden. Dennoch läßt sich nach Auffassung der Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde (AWBE) aus der jährlichen Abschreibung auf den jährlichen Finanzbedarf an Sanierung und Instandsetzung der Gehwege schließen. Die Geh- und Radweg-Instandsetzung war jahrelang stark vernachlässigt worden. Erst ab 2011 rückte diese Aufgabe stärker in den Fokus von Stadtverordneten und Stadtverwaltung.

Für das Jahr 2015 waren zunächst 200.000 Euro für die Sanierung der Geh- und Radwege eingeplant. »Das ist knapp die Hälfte des jährlichen Wertverlusts durch Abschreibung«, stellte die AWBE-Fraktion fest. »Langfristig sollten die Instandhaltungs- und Ersatzinvestitionen mindestens der Höhe der Abschreibungen entsprechen, um in Zukunft einen Reparaturstau, wie aktuell, vermeiden zu können. Spätestens mit dem Haushalt 2016 muß aus unserer Sicht das jährliche Budget für die Sanierung der Geh- und Radwege deutlich angehoben werden.«

Bereits im Rahmen der Debatte zum Haushalt 2015 wurde der Etat auf 240.000 Euro angehoben. Außerdem legten die Stadtverordneten fest, diese Summe durch ausdrückliche Zweckbindung von den allgemeinen Budgetregeln auszunehmen. Die Baudezernentin Anne Fellner zeigt sich indes sehr zufrieden mit dem inzwischen erreichten Mittelvolumen. Wichtiger als eine weitere Erhöhung sei die Kontinuität auch in Zukunft. Das inzwischen erreichte Volumen entspreche zudem den Möglichkeiten der Verwaltung, für die meist kleinteiligen Maßnahmen auch die erforderlichen Ausschreibungsverfahren zu gewährleisten.

Ungarische Küche im BBZ

Die 2014 im Café des Bürgerbildungszentrums Amadeu Antonio in Eberswalde gestartete Reihe »Internationales Schaukochen« ging am 30. Januar weiter.

Frau Barna kochte mit den Gästen typisch ungarische Spezialitäten. Dazu erfuhr man Interessantes zum Land, das sich nicht nur über Puszta und Paprika definieren läßt, sondern dessen Küche von österreichischen bis zu türkischen Einflüssen inspiriert ist.

An weiteren kulinarischen Ausflügen sind am 27. Februar »Italienisch Kochen« und am 27. März die »Orientalisch Kochen« geplant.

Da das Café maximal dreißig Kochgäste aufnehmen kann, ist baldige Anmeldung erforderlich. Karten unter: 03334/818284 im Café oder 03334/6398816.

ANDREA HOEHNE

Rede zum Eberswalder Haushalt 2015 in der StVv am 29.1.:

Ein Menü, das alle betrifft

Wir haben heute von der Kämmerin mit dem Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2015 einen umfangreichen Speiseplan mit den verschiedensten Gerichten zur Beschlußfassung vorgelegt bekommen. Dies vor dem Hintergrund nicht einfacher Rahmenbedingungen, die meist objektiv, zuweilen aber auch subjektiv bedingt waren und sind.

Mit Repekt, Dank und Anerkennung registrieren wir, daß die finanzpolitische Chefköchin – ich meine unsere verdiente Kämmerin RENATE GEIBLER – gemeinsam mit den Beiköchinnen und Beiköchen, also den Amtsleiterinnen und -leitern, aktuell bemüht war, auf Wunsch hochkarätiger Gäste wie z.B. den Stadtfractionen DIE LINKE, DIE SPD, CDU und Bürgerfraktion Eberswalde, die Menüfolge an der einen oder anderen Stelle des Speiseplans zu erweitern und finanziell anzupassen. Dies findet überwiegend die Zustimmung der Mitglieder unserer Fraktion.

Wir waren und sind bescheiden in unseren Forderungen, zusätzliche Gerichte in die Menüfolge aufzunehmen, einschließlich kleinerer Vor- und Nachspeisen.

Wir freuen wir uns, daß ein klares Signal an die Kameraden unserer Berufsfeuerwehr gesendet wird. Die Schaffung von zusätzlich drei Planstellen mag nicht in jedem Amt große Freude hervorgerufen haben. Aber es war notwendig. Es ist mehr als lobenswert, daß beim »Vier-Sterne-Koch« – bei Bürgermeister Boginski als obersten Dienstherrn der Eberswalder Berufsfeuerwehr – die Einsicht gereift ist, europäisches Recht auch hier angemessen und zeitnah umzusetzen.

Mit Genugtuung nahmen wir auch zur Kenntnis, daß die Verwaltungsspitze klare Signale sendet, falls nötig, die Finanzierung der städtischen Schulsozialarbeit auch für das komplette Schuljahr 2015/2016 zu übernehmen. Vorrang sollte natürlich das Bemühen haben, die Schulsozialarbeit mit externen finanziellen Mitteln zu sichern. Hier sehen wir den Landkreis Barnim aber auch das Land Brandenburg in der Mitverantwortung.

Der Generalspeiseplan für das Jahr 2015 wird heute voraussichtlich mit großer Mehrheit beschlossen werden. Die städtische Vorratskammer ist gut gefüllt. Aber die gute Hausfrau sorgt für schlechte Zeiten vor. Daher werden wir wohl nicht umhin kommen, uns in den nächsten Jahren stärker der Mager- und Diätkost zuzuwenden. Leider mehr, als es manchem Vollkostler lieb ist. Daran werden wir schon in der Haushaltsdebatte für 2016 nicht vorbeikommen.

Dabei ist es wichtig unsere Restaurantgäste – sprich die Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Eberswalde – rechtzeitig und vor allem transparenter und verständlicher als bisher beim Erarbeiten des neuen Speiseplanes und



Das Menü ist angerichtet. Auf Wunsch besonderer Gäste werden auch zusätzliche und exklusive Vorspeisen kredenzt.

seinen Menüfolgen mitzunehmen. Zukünftig muß bereits mit den Haushaltsdebatten der Fachausschüsse rechtzeitig und transparent erkennbar sein, welche Generallinien, welche strategischen Zielstellungen für das jeweilige Dezernat, Amt und Sachgebiet inhaltlich und organisatorisch verfolgt werden und welche finanzpolitische Unterstützung dafür durch die Stadtverordneten notwendig ist.

Wir sind nicht die Buchhalter, die stunden- und tagelang jeden einzelnen Euro in den Sachkonten des umfangreichen Werkes der Kämmerin untersuchen. Wir vertrauen den Amtsleiterinnen und Amtsleitern, daß sie mit ihrem finanziellen Budget konstruktiv und verantwortungsvoll umgehen. Natürlich erwarten wir, daß entgegengebrachtes Vertrauen nicht mißbraucht wird.

Die Qualifizierung der Aufgabenkritik und ein Personalentwicklungskonzept, das den aktuellen Anforderungen angepaßt wird, muß zukünftig wieder stärker in den kommunalpolitischen Fokus gerückt werden. Die avisierte verwaltungsinterne Aufgabenkritik sollte sich nicht nur auf den Bauhof beschränken. Die Mitarbeiter dort leisten eine ausgezeichnete tägliche Arbeit, ob bei tropischen Temperaturen, orkanartigen Winden und bei Regen oder Eiseskälte. Dafür gilt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bauhofes vor und hinter den Kulissen ein supergroßes Dankeschön der Mitglieder unserer Fraktion. Wir meinen, daß die Aufgabenkritik auch das Kulturamt, das Amt für Bildung, Jugend und Sport, das Amt für Wirtschaftsförderung und Tourismus, das Steuerungsamt, das Bürger- und Ordnungsamt und das Amt für Beschäftigungsförderung und Freiwilligendienste erfassen sollte. Dabei sollte die in den Jahren gewachsene Ämterstruktur kein Tabuthema sein.

Dem vorliegenden Haushaltsentwurf für das Jahr 2015 wird unsere Fraktion ihren einstimmigen kommunalen Segen geben.

CARSTEN ZINN,

Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde

Rede zum Eberswalder Haushalt 2015 in der StVV am 29.1.:

Der Weg in die Verschuldung

Die Gestaltung der Haushaltssatzung für das Jahr 2015 stand unter besonderen Voraussetzungen. Die Stadtverordneten hatten am 23. Juni 2014 mehrheitlich beschlossen, keinen Doppelhaushalt, sondern einen Einjahreshaushalt zu gestalten als wichtige Grundlage, um mehr Transparenz bei den Beratungen und der Gestaltung des Haushaltes zu erreichen. Mein Bemühen als Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen war, zeitnah einen Haushaltsentwurf für das Jahr 2015 aufzustellen, um in den Gremien genügend Zeit, für die Beratungen und Beschlußvorlagen, zur Verfügung zu haben. Die Verwaltung war aufgrund verschiedener Ereignisse und Tatsachen nicht in der Lage, eine Verabschiedung schon im Dezember 2014 zu ermöglichen...

Wie gestaltet sich der Haushalt 2015 für die Stadt Eberswalde?

Die Haushaltssatzung ist der Form nach fachlich und sachlich gut aufgestellt, gibt ein hohes Maß an Transparenz wieder und vermittelt den Stadtverordneten einen genauen Einblick in die finanzielle Gesamtsituation der Stadt Eberswalde bis 2018. Mit der Verabschiedung eines Haushaltes übernehmen wir ein hohes Maß an Verantwortung gegenüber den Bürgern, ansässigen Unternehmen und Mitarbeitern der Stadt. Ein Haushalt muß durch Vermögen, Liquidität und Ertrag abgesichert sein. Nur dadurch sind wir in der Lage, einen ausgeglichenen Haushalt, eine stetige Aufgabenerfüllung und die Generationengerechtigkeit umzusetzen. Eine Verschuldung zu Lasten zukünftiger Generationen darf es nicht geben!

Schon jetzt zeichnet sich ab, daß die Erträge und Einzahlungen von ca. 67 Mio. Euro geringer sind als die Auszahlungen mit ca. 69 Mio. Euro und das Defizit nur durch Zugriff auf die Rücklagen ausgeglichen werden kann. Teilweise gedeckelt durch Verkauf von Grundstücken, dem Tafelsilber der Stadt Eberswalde. Wir gehen somit einen Weg, der in die Verschuldung führt und die Rücklagen von Jahr zu Jahr verringert. Somit steht die weitere Handlungsfähigkeit der Stadt Eberswalde für die Zukunft in Frage! Dies darf keine Dauerlösung sein, zumal sich die Eigenkapitalquote der Stadt Eberswalde dadurch verringert.

Noch im Jahr 2013 wurden Überschüsse erzielt, wodurch die Rücklagen auf 14,4 Mio. Euro stiegen. Wenn es weitergeht, wie aktuell geplant, werden die Rücklagen 2018 bei Null liegen. Die Ertrags- und Finanzsituation wird sich kontinuierlich verschlechtern. Deshalb ist es unumgänglich, die Wirtschaftlichkeit der bürgernahen Produkte zu überprüfen.

Auch ein sozial geprägter Haushalt, wie es dieser ist, muß wirtschaftlich geprägt sein, damit wir der zunehmenden Verschuldung der Stadt Eberswalde klar entgegenwirken.

Die Struktur des Haushalts stimmt so nicht!

Ein Haushalt ist wirtschaftlich zu führen. Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sind zu großzügig bemessen. Hohen Ausgaben im Kultur- und Sozialbereich stehen geringe Ausgaben für die Umsetzung von wirtschaftlichen Projekten gegenüber. Durch den Griff in die Rücklage, von Jahr zu Jahr, werden Ersparnisse aufgebraucht. So erzielt man keine nachhaltige, wirtschaftliche Wirkung für das Erreichen einer positiven Finanzlage. Das Ergebnis ist eine Verschlechterung der Vermögens- und Ertragslage der Stadt Eberswalde.

Bei einer Einnahme von über 10 Mio. € Steuergeldern aus Grund und Gewerbesteuer erwarten die Wirtschaft und die Unternehmen der Stadt Eberswalde ein klares Bekenntnis sowie Akzente zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für eine Weiterentwicklung der bestehenden Unternehmen und Neuansiedlungen. Dabei waren Kürzungen im Wirtschaftsamts kein gutes Signal.

Welche Positionen sind im Haushalt besonders negativ aufgefallen:

– Erhöhung der Sach- und Dienstleistungen von 9,1 Mio. € 2013 auf 12,3 Mio. € 2015.

– Die Transferaufwendungen erhöhen sich von 20 Mio. € auf 22,6 Mio. €. Diese beiden Positionen sind der Grund für den nicht ausgeglichenen Haushalt mit einem Defizit von 2,3 Mio. € im Ergebnis- (Gewinn- und Verlustrechnung) und von 5,3 Mio. € im Finanzhaushalt (notwendige Auszahlungen).

Eine Überprüfung der Wirtschaftlichkeit von bürgernahen Produkten ist unumgänglich, um nicht die weitere Verschuldung zu erreichen. Dabei ist der Fokus auf die eigene finanzielle Basis wichtiger, als sich auf Schlüsselzuweisungen des Landes Brandenburg zu verlassen! Festzustellen ist, daß eine exakte Haushaltsdisziplin benötigt wird, um auch finanzielle Spielräume für Investitionen zu schaffen. Mehr Investitionen, weniger Subventionen und nicht zu hohe Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen – das sollte die Grundlage eines wirtschaftlichen Handelns sein.

Wenn Sie diesem Haushalt zustimmen, geben Sie Ihre Zustimmung für einen Haushalt, der in die Verschuldung führt. Es ist erforderlich, parteiübergreifend eine sparsame Haushaltspolitik zu betreiben. Nötig ist eine Überprüfung sämtlicher Ausgabenpositionen, welche von der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung des Vorjahres abweichen. Es wird wichtig sein, dafür zu sorgen, daß wir Stadtverordnete uns stärker in die Haushaltskontrolle und -durchführung einbringen. Man darf nicht warten, bis sich die Aussichten für eine bessere finanzielle Zukunft der Stadt Eberswalde verändern, sondern muß durch weitsichtiges, nachhaltiges und engagiertes Handeln die Leistungsfähigkeit der Stadt Eberswalde erhöhen.

DIETMAR ORTEL, CDU

Aufsichtsräte konstituiert

Eberswalde (bbp). Gut ein halbes Jahr nach der Kommunalwahl und der Neubesetzung der Aufsichtsräte durch die Fraktionen der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung hat sich nun der Aufsichtsrat der Technischen Werke neu konstituiert. Neuer Vorsitzender ist MARTIN HOECK (FDP), der in einer Kampf Abstimmung den bisherigen Vorsitzenden VOLKER PASSOKE (Die Linke) deutlich deklassierte. Neuer Stellvertreter wurde UWE GROHS (CDU). Neben Bürgermeister FRIEDHELM BOGINSKI (FDP), der dem Aufsichtsrat kraft seines Amtes als sogenannten geborenes Mitglied angehört, erfüllen als weitere Mitglieder DANIEL KURTH (SPD), GÖTZ HERMANN (Bürgerfraktion Eberswalde) und OTTO BAAZ (Alternatives Wählerbündnis Eberswalde) die Aufsichtsrats- und Kontrollaufgaben der Stadtverordneten.

Bereits im Dezember hat sich der Aufsichtsrat der städtischen WHG Wohnungs- und Hausverwaltungsgesellschaft mbH konstituiert, nachdem er bereits im September ohne besondere Konstituierung eine Sondersitzung wegen der Entlassung des WHG-Prokuristen und technischen Leiters Ingo Kruwinnus zusammengekommen war. Den Aufsichtsratsvorsitz übernahm erneut Bürgermeister FRIEDHELM BOGINSKI (FDP), der die Stadt zugleich in Personalunion als Gesellschafter vertritt. Die Stadtverordneten sind durch WOLFGANG SACHSE und FRED SPONNER (beide Die Linke), HARDY LUX und JÖRG ZAUMSEIL (beide SPD), DANKO JUR und MONIQUE SCHOSTAN (beide CDU), FRANK BANASKIEWICZ (Bürgerfraktion Eberswalde), MARTIN HOECK (FDP), ANDREAS FENNERT (Bündnis 90/Die Grünen) und Dr. GÜNTHER SPANGENBERG (Alternatives Wählerbündnis Eberswalde) im Aufsichtsrat vertreten.

Zonenboys wählen Vorstand

Am 20. Dezember 2014 fand die alljährliche Mitgliederversammlung der Zonenboys Eberswalde e.V. in der »Alten Mühle« in Hohenfinow statt. Auf der Tagesordnung stand unter anderem die Neuwahl des Präsidiums des Vereins.

ROBIN MÜHLBERG wurde in seinem Amt als Präsident genauso einstimmig bestätigt wie seine beiden Vorstandskollegen MIRKO WOLFGRAMM (Stellvertretender Präsident) und PHILIPP BIEBER (Kassenwart).

Neben der Wahl des Präsidiums verständigten sich die Zonenboys auf die Durchführung des 5. Eberswalder Völkerballturniers der Toleranz am 11. April 2015 sowie zur Beachhandballsaison 2015, in welcher der Verein an der Deutschen Meisterschaft teilnehmen möchte.

Den krönenden Abschluß der Versammlung bildete die traditionelle feierliche Begrüßung der neuen Mitglieder. Der Verein steht somit kurz davor 30 Sportfreunde zu umfassen.

Die Zonenboys Eberswalde möchten auf diesem Weg auch nochmals allen ihren kleinen und großen Unterstützern danken.

Zonenboys e.V.

Städtebaulicher Unsinn

Eberswalde (bbp). Die städtische Wohnungsgesellschaft (WHG) hatte im Dezember verkündet, daß sie zwei Wohnblöcke im Brandenburgischen Viertel abreißen will. Zugleich sollen die Mieten in den Wohnungen der WHG steigen. Welche Wohnungen genau abgerissen werden sollen, unterlag der Geheimhaltung. Inzwischen wurden die betroffenen Bewohner zur angekündigten **Informationsveranstaltung** eingeladen. Sie findet **am Donnerstag, 5. Februar, 17 Uhr im Bürgerzentrum im Brandenburgischen Viertel (Schorfheidestraße 13)** statt.



Foto: Jürgen Granzow

Lange als WHG-Geschäftsgeheimnis gehütet: Voraussichtlich sollen 80 Wohnungen in der Potsdamer Allee 45 bis 59 abgerissen werden.

Vom Abriß betroffen sind nach bislang vorliegenden Informationen die Potsdamer Allee 45 bis 59. Entsprechend dem 2009 beschlossenen Integrierten Programmübergreifenden Stadtteilentwicklungskonzept (IPStEK) sollte es hier keinen Abriß geben. Während in der übrigen Stadt bei Bebauungsplänen regelmäßig auf eine möglichst durchgehende »Blockrandbebauung« geachtet wird, scheint so eine Anforderung städtebaulicher Gestaltung im Brandenburgischen Viertel keinerlei Rolle zu spielen. Werden die Abrißpläne realisiert, bliebe der Wohnblock in der Finsterwalder Straße separat in der Landschaft stehen. Man muß wohl kein ausgebildeter Stadtplaner sein, um den groben städtebaulichen Unsinn erkennen zu können. Statt »Lückenschluß« heißt die Devise hier »Lückenbildung«.

Vom avisierten Abriß sind viele ältere und langjährige Mieter der WHG betroffen. Einige sind bereits mehrfach innerhalb des Brandenburgischen Viertels umgezogen. Vom damaligen WHG-Geschäftsführer Rainer Wiegand hatten sie die Zusage erhalten, nicht noch einmal umziehen zu müssen. So manche haben sich so eingerichtet, daß sie hier ihren Lebensabend verbringen können. Zumindest in einem Teil der Häuser wurde auch schon in die Sanierung beispielsweise der Versorgungsleitungen investiert. Die Aussage des jetzigen WHG-Geschäftsführers Hans-Jürgen Adam, »niemand muß Angst haben, daß er einfach so aus seiner Wohnung herausgeworfen wird«, nimmt daher so mancher als Verhöhnung wahr.

»Was tun gegen Mietwahnsinn«

Wort und Tat. Wie die Eberswalder Linksfraktion die Politik ihrer Partei umsetzt

Eberswalde (bbp). Während es den anderen Parteien um die Macht gehe, sagte der Linkspartei-Kreisvorsitzende Sebastian Walter im November 2014 vor Eberswalder Parteimitgliedern, will »die Linke die realen Probleme in der Gesellschaft real lösen«.

Als eines dieser realen Problemfelder erkannte der Genosse Walter das Thema Wohnen. Die Wohnpreise in der Eberswalder Innenstadt seien inzwischen vergleichbar mit denen Potsdams. Es finde eine soziale Verdrängung aus der Stadtmitte statt, an der sich auch die städtische Wohnungsgesellschaft beteilige. »Diese soziale Entmischung«, so Walter, »muß verhindert werden«. Die aktuelle Debatte um die Mietpreisbremse müsse »heruntergebrochen werden vom Stadtvorstand, von der Stadtfraktion, vom Kreisverband, damit wir hier vor Ort eine Mietendebatte bekommen«. Dabei müsse klar werden, »die Linke ist die Partei, die alles gegen diesen Mietwahnsinn hier tun wird. Wohnraum ist Menschenrecht. Auch hier in Eberswalde.«

Soweit die schönen und kämpferischen Worte des Kreisvorsitzenden der Linken.

Ende vorigen Jahres kamen Pläne der Wohnungsbau- und Hausverwaltungs-GmbH (WHG) an die Öffentlichkeit, wonach das städtische Unternehmen die Mieten anheben will. Gleichzeitig gab die WHG bekannt, daß sie im Brandenburgischen Viertel zwei Wohnblocks abreißen will. Um welche es sich konkret handeln soll, blieb geheim.

Die Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde wollte das so nicht hinnehmen. Sie wandte sich mit einem Beschlußvorschlag an die Stadtverordnetenversammlung, um den Bürgermeister als Gesellschaftsvertreter zu beauftragen, daß er die WHG-Geschäftsführung veranlaßt, die geplanten Abrißmaßnahmen im Brandenburgischen Viertel zurückzustellen.

»Während relativ preiswerter Wohnraum im Brandenburgischen Viertel abgerissen werden soll, realisiert die WHG zugleich aktiv den Neubau von hochwertigem und damit hochpreisigen Wohnraum vor allem in der Stadtmitte«, schrieb die Fraktion in der Antragsbegründung. »Die WHG hat als kommunale Wohnungsgesellschaft nicht zuletzt die Aufgabe, sozial verträgliche Mieten zu gewährlei-

sten. Der aktuelle Mietspiegel weist gegenüber dem zuvor gültigen zum Teil eklatante Mietpreisteigerungen auf. Dem entgegenzuwirken ist auch Aufgabe der städtischen Wohnungsgesellschaft. Der beabsichtigte Abriß von relativ preiswertem Wohnraum wirkt dieser gesellschaftlichen Aufgabe entgegen. Um der städtischen Wohnungsgesellschaft auch künftig die Möglichkeit zu geben, durch relativ preiswerte Mietangebote einen sozial verträglichen Wohnungsmarkt in Eberswalde zu erhalten, sollte die WHG auf den beabsichtigten Abriß verzichten.« Die WHG könne sich beim Umgang mit Wohngebäuden mit hohem Leerstand, so die Fraktion, »an der Eberswalde-Finower Wohnungsbaugenossenschaft ein Beispiel nehmen, die künftig keinen Wohnraum mehr abreißen, sondern zwecks Kostenoptimierung die Vermietung in solchen Gebäuden auf die unteren Etagen konzentrieren will. Auf diese Weise können ökonomisch günstig preiswerte Wohnraumreserven vorgehalten und langfristig überbezahlte Mieten in der Stadt Eberswalde vermieden werden. Dies entspricht dem Gesellschaftszweck der WHG.«

Die Beschlußvorlage stand am 29. Januar auf der Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung. Carsten Zinn, Vorsitzender der Einreicherfraktion, wollte eine gründliche Diskussion ermöglichen und schlug die Verweisung in die Fachausschüsse vor. Die Mehrheit der Stadtverordneten hatte daran kein Interesse.

In der nachfolgenden namentlichen Abstimmung votierten neben Carsten Zinn, Otto Baaz und Dr. Günther Spangenberg von der Einreicherfraktion nur noch Dr. Ilona Pischel (Die Linke) dafür, von den Abrißmaßnahmen Abstand zu nehmen. Neben den 4 Ja-Stimmen gab es 6 Enthaltungen von Cornelia-Caroline Rätz, Torsten Duckert und Jürgen Wolff (alle Die Linke), Hardy Lux und Ringo Wrase (beide SPD) sowie Monique Schostan (CDU). Unter denen, die den weiteren Abriß befürworteten, waren auch die drei linken Stadtverordneten Wolfgang Sachse, Volker Passoke und Fred Spenner (Sabine Büschel fehlte).

»Die Linke ist die Partei, die alles gegen diesen Mietwahnsinn hier tun wird«, hatte der linke Kreisvorsitzende Sebastian Walter im November gesagt.

Weniger Wohngeldempfänger

Eberswalde (bbp). Ende 2014 nahmen 697 Eberswalder Wohngeldzahlungen in Anspruch. Das waren 65 weniger als am Jahresanfang. Im Mittel bezuschulte die Stadt die monatliche Mierte der Wohngeldempfänger mit 86,99 Euro. Das ergab die Antwort auf eine Anfrage der BÜRGERFRAKTION EBERSWALDE. Wieviele Zu- und Abgängen es an Wohngeldbeziehern gab, werde statistisch nicht erfaßt, teilte Rechtsamtsleiter STEFAN MÜLLER mit. 345 Wohngeldanträge wurden im Laufe des Jahres 2014

abgelehnt. Insgesamt gab es 15 Widersprüche. Die durchschnittliche Bearbeitungsdauer eines Wohngeldantrages beträgt sechs Wochen. Die lange Bearbeitungsdauer ist dem Umstand geschuldet, daß die städtische Wohngeldstelle die Bescheide nicht unmittelbar und direkt nach der Dateneingabe und Wohngeldberechnung erteilt, sondern dies in zwei monatlichen »Rechenläufen« zentral durch das Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung (MIL) in Potsdam durchgeführt wird.

Öffentlichen Wettbewerb in Klandorf

Mitten im Ortszentrum von Klandorf, unmittelbar bei Einkaufseck, Bushaltestelle, Feuerwehr und Kirche im öffentlichen Straßenraum, stehen die unansehnlichen Abfallcontainer. Ein alternativer Standort ist bisher niemandem eingefallen.

Deswegen hatte die Initiative im Rahmen der »Arbeitsgruppe für den Erhalt des Ortsbildes von Klandorf« vorgeschlagen: »Der störende und auffällige Anblick der Müllcontainer im Ortskern soll kaschiert werden. Die AG ruft zu einem Ideenwettbewerb auf, um diese gestalterisch unbefriedigende Situation angemessen in das Ortsbild zu integrieren. Außerdem wird über die Möglichkeit eines weniger störenden Alternativstandortes diskutiert.« Der Ortsbeirat lehnte diesen Vorschlag am 26.10.2014 zunächst ab.

Zwischenzeitlich stellte sich heraus, daß für den Zweck der besseren Gestaltung des Containerplatzes ein Betrag in Höhe von 3.000 EUR in den Gemeindehaushalt 2015 eingestellt wurde. Dieser Betrag ist mehr als ausreichend, das »Bauwerk« herzustellen und zusätzlich einen Preis für den Gewinner und den 2. und 3. Preis, ggf. plus Ankauf, auszuloben.

Die Initiative wiederholt deswegen ihren Vorschlag nunmehr gegenüber den Gemeindevertretern, Bürgermeister und Gemeindever-

waltung. Die Beteiligung der Bürger (von Schorfheide) an einem Ideenwettbewerb wäre ein positives politisches Signal, ähnlich einem Bürgerhaushalt (participatory budget – erfunden übrigens in Porto Alegre, Brasilien), bei dem Bürger über die Verwendung eines kleinen Teils der öffentlichen Haushaltsmittel bestimmen dürfen. Das könnte nicht nur in der Gemeinde Schorfheide Schule machen und stärkt das Gemeinschaftsgefühl; wahrscheinlich gibt es auch in anderen Dörfern ähnlichen »kleinen aber wirksamen« Gestaltungsbedarf. Der Bürgermeister und Ortsbeirat könnte das gebaute Ergebnis in Klandorf feierlich medienwirksam einweihen, beispielsweise zu Pfingsten in Verbindung mit dem Feuerwehrfest.

Gegebenenfalls sollten die Schaukästen (der Gemeinde und der öffentliche am Konsum) in die Containerverkleidung einheitlich integriert werden (Vorschlag Klaus Wyrembek).

LUTZ PAPROTH,

Initiative zum Erhalt der Klandorfer Straßen



Foto: LUTZ PAPROTH

Mein persönlicher Vorschlag zur Aufwertung des Platzes: Herstellung von Rahmen um die Container ähnlich der abgebildeten Anlage, gemauert aus alten Ziegelsteinen, Holzbalken (Robinie o. ä.) alternativ aus Metall. In den oder die Rahmen werden wetterfeste Banner eingespannt mit Texten, Fotos, Zeichnungen zur Historie von Klandorf, nach dem Muster des Banners vor der Schmiede, siehe Anlage. Kosten geschätzt 2000 Euro. Die (größeren und kleineren) Banner können gelegentlich mit unterschiedlichen Motiven gewechselt werden, z.B. auch mit aktuellen Veranstaltungshinweisen (Feuerwehrfest etc.). Die Schaukästen sind in die Rahmen integrierbar. Zusammen mit Fahrradständer, Pferdefestmacher, ein paar Stühlen und Tischen, Kaffee, Getränken belegten Brötchen, Kuchen vom Einkaufseck könnte im Ortszentrum von Klandorf kostengünstig ein attraktives Platzgeschehen und Ausflugsziel mit Aufenthaltsqualität für Einheimische, Kirchenbesucher, Handwerker, (Fahrrad-) Wanderer und anderen Besuchern (Seniorengruppen) geschaffen werden.

LUTZ PAPROTH

SPD will Stellplatzablösesatzung abschaffen

Eberswalde (bbp). Nach Auffassung der Eberswalder SPD soll die Stellplatzablösesatzung der Stadt Eberswalde abgeschafft werden. Mit einem entsprechenden Vorstoß hat sich die Stadtfraktion der SPD zunächst vorab an die Kollegen der anderen Fraktionen gewandt.

»Die Ablösesatzung, die seit vielen Jahren in Kraft ist«, führt die SPD in der Begründung mit Blick auf private Nutzer aus, »hatte ursprünglich die Aufgabe ein gesundes Verhältnis zwischen den umfangreichen Neubauten in der Stadt und dem Bedarf an vermehrten Stellplätzen wegen der enormen Zunahme des individuellen KFZ-Verkehrs zu gewährleisten. Die Stellplatzsatzung ermöglichte Parkplatzschaffung an parkplatzlosen Orten. Dies führte zur Abschaffung der Kleingärten und Grünflächen. Aus heutiger Sicht soll die Möglichkeit gegeben werden für die sinkende Bevölkerung der Stadt Eberswalde die bereits vorhandenen Immobilien und Grundstücke durch vereinfachte unbürokratische Umnutzung zur Verfügung zu stellen.«

Eine Notwendigkeit der Stellplatzablöse sieht die SPD auch für gewerbliche Nutzer nicht mehr. Die meisten Bauherren achten inzwischen darauf, ausreichend Parkplätze zur Verfügung zu stellen, um Kunden und Mieter zu binden. Inzwischen würden in der Altstadt vermehrt Baulücken für die durch die Satzung vorgeschriebenen Parkplätze »mißbraucht«.

»Auch bei Umnutzungen oder der Beseitigung von Leerständen verhindert die Satzung oft – wegen der unangebracht hohen Ablösebeträge – eine gewollte Entwicklung. Die Satzung verhindert Neuansiedlung sowie Neubau von klein- und mittelständigen Unternehmen. Zur Entlastung der Bürger sowie unternehmerfreundlichen Neuansiedlung der Stadt Eberswalde sollte die Stellplatzablösesatzung ersatzlos gestrichen werden.«

Die Stellplatzablösesatzung war bereits in den Vorjahren umstritten. Ex-Bürgermeister Schulz wurde gar im Zusammenhang mit der Stellplatzablöse rechtskräftig verurteilt.

Fragen zum »Palmenhof« und Stadtparkplatz

Eberswalde (bbp). Im Dezember hatte der Ausschußvorsitzende für Wirtschaft und Finanzen Dietmar Ortel (CDU) den Wirtschaftsamtsleiter Dr. Jan König gebeten, Fragen des Vereins »Unser Finowkanal« zu beantworten. Darin ging es um das von der WHG bewirtschaftete Hotel Palmenhof. Der Verein hätte hier gerne eine Kopie der sogenannten Abraxas-Studie, die Bürgermeister Friedhelm Boginski in der MOZ vom 3.9.2009 angekündigt hatte. Boginski hatte damals die Auslastung von »90 Prozent praktisch aus dem Stand« des Hotels gelobt. Inzwischen wurde mitgeteilt, daß der Be-

trieb des »Palmenhofs« eingestellt wurde (vgl. »Pleitegeier über WHG-Tochter«, »Mieter finanzieren Gaststätte und Hotel«, BBP 3 u. 4/2011).

Als weiteres Problem warf der Finowkanalverein die Nutzung des kleinen Parkplatzes zwischen Bergerstraße und Stadtpromenade auf. Bis vor kurzem standen dort noch Baumaschinen. Jetzt ist er offensichtlich wieder für Rathausmitarbeiter reserviert. Der Verein fragt an, ob nicht wenigstens am Wochenende der Parkplatz für die Gäste der Stadt, insbesondere für ältere und gehbehinderte, geöffnet werden könne.

Bus nach Oderberg

Oderberg (prest-bar). Bis Dezember konnten die Oderberger mit dem Bus direkt nach Angermünde fahren. Davon profitierten vor allem Schulkinder, die eine Schule im Nachbarlandkreis Uckermark besuchen. Auf Wunsch der Uckermärkischen Verkehrsgesellschaft, die diese Linie bediente, wurde diese Direktverbindung im Dezember geändert. Nach Angermünde gelangte man nun nur noch mit Umsteigen in Lunow.

Etlliche Oderberger beschwerten sich in der Kreisverwaltung, worauf sich die Verantwortlichen beider Landkreise gemeinsam mit den Verkehrsbetrieben aus Barnim und Uckermark darauf einigten, die Linie vorerst bis zum Sommer wieder direkt zu betreiben.

»Wir nehmen die Anregungen ernst«, sagt Landrat Bodo Ihrke. Durch die Wiederaufnahme der Linie nach den Winterferien am 9. Februar habe man nun wieder ein sehr gutes Angebot in Richtung Angermünde. Ob diese Linie auch mittelfristig von der Uckermärkischen Verkehrsgesellschaft betrieben werde oder ob die Barnimer Busgesellschaft den Betrieb übernehme, gelte es aber noch auszuloten, so Ihrke weiter.

Mit dem Fahrplanwechsel gibt auch in Richtung Eberswalde und Bad Freienwalde Verbesserungen. Oderberg wird mit den Linien 916 und 874 besser an diese Orte angebunden, teilweise sogar im Studentakt.

Die Schafe laufen hinterher...

Was erleben wir da momentan, in ostdeutschen Landen? In Städten, die berühmt sind für die friedliche Revolution von 1989, sammeln sich frustrierte Menschen, angeführt von vorbestraften Subjekten, und geben vor, gegen die »Islamisierung der europäischen Kultur« auf die Straße zu gehen. Was wollen diese Menschen? Wohin soll das führen?

Zum ersten: sie wollen gar nicht reden, mit niemandem angeblich, schon gar nicht mit den Medien, die zu sehr ins »System« verstrickt sind. Das scheint interessant, ist jedoch im Kern eine Strategie der Einschüchterung: denn sie reden ja doch, aber nur mit denen, die ihnen gestatten, ihre menschenverachtenden Parolen in die Welt zu setzen. Das Abendland ist in Gefahr! Wer so etwas glaubt, glaubt wohl auch an den Weihnachtsmann. Was bezwecken diese Leute, die unerkannt im Hintergrund die Fäden ziehen?

Schon der Ober-Nazi Hermann Göring hat in der Vernehmung der Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse vor 70 Jahren zugegeben, daß die angebliche rassische Minderwertigkeit der Juden natürlich kruder Unsinn gewesen sei, aber, es war ein hervorragendes Propagandamittel. Propaganda, die an die niederen Gefühle und Instinkte der Menschen appelliert, kann nur in den Abgrund führen: in ein Terror-Regime aus Angst, Verfolgung und Vernichtung. Wollen patriotische Europäer wieder eine Diktatur der Angst?

Wohin soll das führen? Sollen unsere türkischen Mitbürger etwa in umzäunten Ghettos wohnen? Müssen sie eine gelbe Erkennungs-marke tragen? Sollen sie etwa in besonderen »Arbeitslagern« einem ungewissen Schicksal überlassen werden? Wir wissen alle, wohin das führt! Diejenigen, die momentan den rechten Rattenfängern hinterherlaufen, sollten sich klar darüber sein, daß sie selber eine Gefahr für die Kultur Europas sind!

Dresdner! Leipziger! Seid keine Schafe, die wieder auf die Schlachtbank geführt werden! Zeigt Mitgefühl und Verständnis für andere Menschen! Ja, das Leben ist nicht einfach und voller Widersprüche. Doch seinen Haß und seine Wut sollte man doch lieber beim Sport herauslassen, da kann er niemandem schaden.

JÜRGEN GRAMZOW

Der BuPrä und die PEGIDA

von Gerd Markmann

Die vereinigten Gutmenschen und Bildungsbürger halten erstaunt die Hand vor den Mund. Jene, die im »Tal der Ahnungslosen« nach der »Befreiung vom SED-Joch« sich bald darauf in den Fittichen von »König Kurt« wiederfanden, werden nun in den »Qualitätsmedien« als tumbe Osis dargestellt, die den drögen Parolen der PEGIDAS nachlaufen und den Gutmenschen und Bildungsbürgern selbstverständlich nicht das Wasser reichen können.

Und die Gut- und Bildungsbürger haben natürlich recht. Wer damals der Banane und der D-Mark nachlief, sich von BILD bilden ließ und mit Kohl und Biedenkopf nur neue Autoritäten anbetete, statt den eigenen Kopf zum denken zu nutzen, stellt für die neuen Rechtspopulisten ein durchaus geeignetes Rekrutierungspotential dar.

Wer sich wundert, warum die Rechtspopulisten gerade in Sachsen so erfolgreich ist, muß erkennen, daß das Feld, das diese beackern, nicht zuletzt während der absoluten CDU-Herrschaft unter Ministerpräsident Kurt Biedenkopf bereit wurde. Der König gab vor, die Antworten auf alle Fragen zu kennen.

Die offizielle Verteufelung der »Patriotischen Europäer« ist allerdings pure Heuchelei. Die Gut- und Bildungsbürger selbst machten das Muster eines »Patriotischen Europäers« zum Bundespräsidenten.

Selbiger avancierte nicht nur mittlerweile zum höchsten deutschen Kriegshetzer, indem er von der »Verantwortung Deutschlands« faselt und damit nichts anderes als den weltweiten Kriegseinsatz der Bundeswehr meint.

Schon 2006, damals als Vorsitzender des Vereins »Gegen Vergessen – für Demokratie«, der angibt, sich »mit den nationalsozialistischen Verbrechen und dem SED-Unrecht auseinanderzusetzen« – sprach: Faschismus und DDR gleichzusetzen – erklärte Gauck auf die Frage, ob »die Mehrheit der Deutschen« reif sei für eine »Hinwendung zu den eigenen Opfern, die Hinwendung zum Patriotischen«, bejahend: »So sehe ich das.«¹

Ein »Patriot«, lange bevor es PEGIDA gab. Im gleichen Interview behauptet er unter Bezugnahme auf eine damalige Veröffentlichung,

daß alle Deutschen schuldig seien, nur »Opa war kein Nazi«: »Die meisten Opas waren aber Nazis und die meisten Omas auch«. Richtig ist, daß sehr viele Deutsche Nazis waren – weit mehr, als das nach 1945 zugeben wollten. Aber es ist eben auch so, daß diese tatsächlichen Nazis nun quasi reingewaschen werden sollen, indem die Gaucks behaupten, »die meisten waren Nazis«. Gaucks Vater, Offizier der faschistischen Kriegsmarine in der Etappe, war ein Nazi, wie die Mutter und der Onkel.² Mein Vater, der sich als Nachrichtensoldat meist an vorderster Front, sicher vor den Scharfmachern, durch den 2. Weltkrieg moschelte, war es nicht, und meine Mutter, die als junge Frau keineswegs freiwillig der faschistischen Kriegsmarine als Funkerin dienen mußte, auch nicht.

Der BuPrä, in seiner Familie stramm nationalsozialistisch erzogen, empfand die Befreiung vom Faschismus als »Schreckensnachricht«, wie er in seinen Lebenserinnerungen schreibt. Die Rotarmisten nennt er Wesen »mit asiatischen Gesichtszügen«, die »nach Wodka« gerochen, »requiriert und geklaut« und systematisch Frauen vergewaltigt hätten.³

Das »Geschehen des deutschen Judenmordes« sei »in eine Einzigartigkeit überhöht« worden, ließ Gauck im Jahre 2006 wissen.⁴ »Ich frage mich, wie lange wir Deutschen unsere Kultur des Verdrosses noch pflegen wollen«, teilte er im Herbst 2010 mit.⁵

Es ist eine Anmaßung des Gauck an sich, immerfort von »wir Deutschen« zu quasseln. Ich verbitte mir diese Vereinnahmung. Dieser Bundespräsident ist Schande und adäquater Ausdruck zugleich für dieses Land.

1 – J. Gauck: Erinnerung an Vertreibung leugnet nicht den Nazi-Terror. www.dradio.de 31.08.2006.

2 – www.focus.de/politik/deutschland/deutschland-das-geheimnis-um-den-onkel_aid_524185.html

3 – Joachim Gauck: Winter im Sommer, Frühling im Herbst. München 2009.

4 – Joachim Gauck: Welche Erinnerungen braucht Europa? www.robert-bosch-stiftung.de.

5 – »Mutige Politiker ziehe ich vor«. www.sueddeutsche.de 30.09.2010.

Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen

Eberswalde (prest-bar). Im Landkreis Barnim hat sich eine Arbeitsgemeinschaft zur Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen konstituiert. Zur aktiven Mitarbeit haben sich bislang 19 Barnimer bereit erklärt. Dazu zählen neben Kommunalpolitikern und Mitarbeitern von Verwaltungen auch Vertreter von Kirchen und verschiedenen Willkommensinitiativen sowie Menschen, die sich ganz privat ehrenamtlich engagieren wollen. Das Gremium steht also jedem Barnimer offen, der sich zu diesem Thema einbringen will.

Zum Vorsitzenden wurde Kreistagsmitglied UWE VOB (SPD) gewählt. Seine Stellvertretung übernimmt SVEN SCHILLING (BVB/Freie Wähler), ebenfalls Mitglied des Kreistages.

Zum Arbeitsauftrag gehören die Akquirierung von Liegenschaften, die Auswahlscheidung über die Eignung von Liegenschaften sowie die Begleitung der Umsetzung von getroffenen Standortentscheidungen.

Die Mitglieder der AG begreifen die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen als Chance für unsere Gesellschaft und den

Landkreis. Sie verstehen sich als Bindeglied und Ansprechpartner für alle Beteiligten sowie die Menschen im Landkreis. Gemeinsam wollen sie Wege und Möglichkeiten suchen, den Menschen ihre Sorgen im Zusammenhang mit der Aufnahme von Flüchtlingen zu nehmen.

Die Arbeitsgemeinschaft hat sich einen strikten Zeitplan gesetzt, um die für das Jahr 2015 benötigten Einrichtungen herrichten zu können. Am 18. Februar ist bereits die Beratung über die eingebrachten Vorschläge der Gemeinden und Ämter vorgesehen

»Bedrohte Wasserwege«

Neben David Edwards-May von Inland Waterways International in Grenoble kündigte auf der BOOT in Düsseldorf auch Dr. Lorenzo Guendel, Inhaber eines Yachtcharterunternehmens am Bodensee und Mitglied im Netzwerk europäischer Yachtvercharterer, seinen Besuch des Symposiums am 9. Februar im Eberswalder Kreishaus als Beobachter an.

Für die europäischen und deutschen Yachthersteller und -vercharterer sowie den Bootshandel ist es von vitaler wirtschaftlicher Bedeutung, daß die historischen Wasserwege für den Bootstourismus auch in Deutschland schiffbar erhalten werden. Man verfolgt mit Interesse, wie sich die deutsche Politik hierzu verhält, und nimmt das Symposium als einen guten Schritt in Richtung eines gemeinsamen Vorgehens der betroffenen Reviere wahr.

Peter Linssen von Linssen Yachts bzw. Linssen Boating Holidays verweist darauf, daß laut einer Studie entlang der extra für Bootstouri-

sten geschaffenen Willemsroute in Holland jeder Bootstourist der regionalen Wirtschaft 111,54 Euro einbringt, mit den entsprechenden Konsequenzen für Arbeitsplätze.

Unsere Initiative weist kontinuierlich darauf hin, daß der historische Wasserbau in Deutschland ein erhaltenswertes Kulturgut darstellt, das nicht nur die noch schiffbaren Kanäle und Flüsse sondern die Gesamtheit der am Wasserbau beteiligten historischen Bauwerke wie Schleusen, Mühlen, Wehre, Floßgräben und auch die hier entstandenen Boots- und Schiffstypen und wasserbezogenen Industriedenkmale mitsamt ihrer touristisch-wirtschaftlichen Bedeutung einschließt. Das Symposium ist mit ca. 60 registrierten Fachtteilnehmern aus verschiedenen Teilen Deutschlands außerordentlich gut besucht. Das Programm und weitere Information können über unseren Info-Kanal t-online.de angefordert werden.

Prof. HARTMUT GINNOW-MERKERT



FOTO: JURGEN GRANZOW

Auf zum Fünfjahrplan

Bürgerfraktion Eberswalde will weg vom Einjahreshaushalt

Eberswalde (bbp). Die Erfahrungen mit dem Doppelhaushalt 2013/14 hatte die Stadtverordnetenversammlung im Juni 2014 veranlaßt, darauf zu drängen, daß seitens der Stadtverwaltung künftig wieder Einjahreshaushalte vorgelegt werden. Mangelnde Flexibilität und der Ärger über das Abwehren neuer Ideen und Vorschläge seitens der Verwaltung, mit Verweis auf den beschlossenen Haushalt, hatten die Stadtverordneten dazu gebracht. Die Verwaltung selbst kann aufgrund der großzügigen Budgetregeln relativ frei die vorhandenen Mittel zwischen den verschiedenen Produktgruppen und -bereichen der Dezernate hin und her schieben. Dabei handhaben es die Dezernate höchst unterschiedlich, was sie dazu an Informationen der StVV preisgeben.

Nummehr macht sich die Bürgerfraktion Eberswalde zum Anwalt des Bürgermeisters, der gerne wieder zum längeren Planungszeitraum zurück will.

»Durch die Einführung der Doppik im Rechnungswesen der Stadt Eberswalde«, begründet die Fraktion ihren Vorstoß, »wurde das kommunale

Rechnungswesen völlig neu geordnet«. Das habe zu Arbeitsrückständen im Bereich der Kämmerei geführt. Diese Rückstände konnten allerdings durch »die Zusammenfassung der Haushaltsplanung in den Jahren 2013/14 ... in erheblichem Umfang« abgearbeitet werden. Als »weiterer Vorteil« eines Zweijahreshaushalts erweise sich »die Planungssicherheit für Politik und Verwaltung« und es werde »die finanzielle Umsetzung langfristiger Konzepte besser dargestellt«. Das Hauptargument der Bürgerfraktion ist die »Entlastung des Personals«, die eine Haushaltsplanung im Zweijahresrhythmus zur Folge hätte. Der »kritisierten scheinbar mangelhaften Flexibilität« will die Fraktion durch Absenkung der Wertgrenzen für einen notwendigen Nachtragshaushalt entgegenwirken, was allerdings die beabsichtigte Personalentlastung zumindest teilweise wieder aufheben würde.

Die Beschlussvorlage der Bürgerfraktion Barnim wird am 12. Februar im Ausschuß für Wirtschaft und Finanzen und am 19. Februar im Hauptausschuß beraten und steht dann in der StVV am 26. Februar zur Entscheidung.

Flüchtlings-Fachtagung

Bernau (bbp). Als erste Kommune im Landkreis Barnim befaßte sich am 20. Januar die Stadt Bernau in einer Fachtagung mit der Unterbringung von Flüchtlingen. Der Landkreis rechnet im Jahr 2015 mit mehr als 800 Personen, die untergebracht werden müssen. Gegenüber dem Vorjahr sind das mindestens doppelt so viele. Im Dezember hatte Landrat BODO IHRKE (SPD) die hauptamtlichen Bürgermeister und Amtsdirektoren im Landkreis eingeladen, um sie darüber zu informieren und um ihre Hilfe zu bitten. Die Runde legte als Standorte die Städte Bernau und Werneuchen, die Gemeinden Ahrensfelde und Schorfheide sowie den Amtsbereich von Biesenthal-Barnim fest. In Eberswalde, Wandlitz und den Ämtern Joachimsthal-Schorfheide und Britz-Chorin-Oderberg existieren bereits Heime oder Wohnverbände. Bis zum 15. Februar wollten die fünf betroffenen Verwaltungschefs jeweils eine in ihrem Gebiet liegende Immobilie benennen, die zur Einrichtung eines Übergangwohnheims geeignet ist.

Der neue Bernauer Bürgermeister ANDRÉ STAHL (DIE LINKE) wählte die transparenteste Variante. Das Problem ist, wo und wie sie untergebracht werden können. Geeignet seien alte Hotels, frühere Pflegeeinrichtungen und Internate, sagte die Barnimer Sozialdezernentin SILVIA ULONSKA, die an der Fachtagung teilnahm. Allerdings gibt es eine ganze Reihe von Kriterien, die stimmen müssen. Neben den baulichen Voraussetzungen und den zu erwartenden Kosten spielen auch die verkehrstechnische Anbindung, das Vorhandensein von Kita und Schule, der medizinischen Versorgung sowie Einkaufsmöglichkeiten und Betreuungsangebote eine wichtige Rolle.

Die Bernauer Stadtverwaltung hat dem Kreis vier Liegenschaften vorgeschlagen, die allesamt von Bürgermeister Stahl als wenig geeignet angesehen werden. Die meisten liegen abgelegen und haben einen zum Teil hohen Sanierungsbedarf. Er bedauerte die Sozialdezernentin, weil sie »aus den vielen ungeeigneten Standorten den am besten geeigneten herausfinden« müsse. Silvia Ulonska informierte, daß über die Standorte am 18. Februar durch eine kreisliche Arbeitsgemeinschaft unter Leitung des Panketalers UWE VOß entschieden werde. Ungeachtet der neuen Übergangsheime, bleibe es bei der vom Kreistag 2014 beschlossenen Strategie, Asylbewerber vorrangig in Wohnungen unterzubringen. Das fällt Kommunen mit angespanntem Wohnungsmarkt wie Bernau selbstredend deutlich schwerer, als Gemeinden, die eher mit Wohnungsleerstand zu kämpfen haben.

Bislang sind im Landkreis 278 Flüchtlinge in 97 Wohnungen untergebracht, die meisten davon, 220 Männer, Frauen und Kinder, in Eberswalde. In Bernau hingegen leben nur 28 Flüchtlinge in Wohnungen. In diesem Jahr will Bernau 26 Wohnungen für rund 75 Flüchtlinge zur Verfügung stellen.

Mehr Einwohner

Eberswalde (prest-ew). Die Stadt Eberswalde kann für das Jahr 2014 erstmals seit der Wende eine leicht steigende Zahl ihrer Einwohner verzeichnen. Deutlich mehr Zuzüge sowie mehr Geburten bestätigen die Attraktivität der Stadt insgesamt und als Hochschulstandort, gab Bürgermeister Friedhelm Boginski während einer Pressekonferenz zum Haushaltsbeschluß 2015 am 30. Januar bekannt. Der Schuldenstand liegt weit unter dem Landesdurchschnitt. Eine Trendwende für Eberswalde deutet sich auch auf dem Arbeitsmarkt an.

Im zurückliegenden Jahr ist die Einwohnerzahl auf 40.004 angestiegen. Erstmals haben sich in einem Jahr mehr Bürgerinnen und Bürger in Eberswalde angesiedelt, als weggezogen sind: 230 im Jahr 2014. »Wir haben 25 Jahre lang Einwohner verloren. Seit 2008 sind die Weg- und Zuzüge ausgeglichen, 2014 ist das erste Jahr, in dem wir Einwohner gewinnen, auch wenn es mit 18 ein kleine Zahl ist«, so Bürgermeister Friedhelm Boginski.

Positiv entwickelt sich auch die Zahl der Arbeitslosen in Eberswalde. Seit August 2014 lag diese monatlich unter 3.000. Saisonbedingt gab es hier zur Jahreswende einen Anstieg auf aktuell 3.114 Arbeitslose, gab Dr. Jan König, Amtsleiter für Wirtschaftsförderung und Tourismus, mit Bezug auf die Statistik der Agentur für Arbeit bekannt.

»Viele Faktoren haben zu dieser positiven Entwicklung beigetragen. Dies bestätigt zum einen, daß Eberswalde sich sowohl äußerlich zu einer attraktiven Stadt gewandelt als auch deutlich an Lebensqualität gewonnen hat. Gleichzeitig bestätigt die sich hier abzeichnende Entwicklung auch die gute Arbeit von Politik und Verwaltung in den vergangenen Jahren«, so Bürgermeister Friedhelm Boginski.

Für das Jahr 2015 haben die Stadtverordneten am Donnerstagabend den Haushalt beschlossen. Er umfaßt Investitionen in Höhe von 7,8 Millionen Euro. Schwerpunktartig gehört dazu die Entwicklung von Baugrundstücken für Einfamilienhäuser. »Gute Arbeit, gutes Leben und gutes Wohnen sind die Grundlage für weitere Zuzüge. Wir können der derzeit großen Nachfrage nach Baugrundstücken Futter geben«, so Baudezernentin Anne Fellner.

Kontinuierlich baut Eberswalde den Schuldenstand ab. Von 12,3 Millionen Euro im Jahr 2004 wird er 2015 auf 8,7 Millionen reduziert. Das entspricht einer Pro-Kopf-Verschuldung von 226 Euro für die Eberswalder. »Auch diese Zahl kann sich im Landesvergleich sehen lassen«, so Bürgermeister Boginski.

Frühlingsempfang

Eberswalde (prest-ew). Nachdem Ausfall des Neujahrsempfangs der Stadt Eberswalde wegen Unwetters, wird nun ein Frühlingsempfang für den 25. April entlang der Erlebnisachse Schwärzetal vorbereitet.

AWBE dankt BHV-Aktivisten

Der Behindertenverband Eberswalde feierte kürzlich sein 25jähriges Bestehen. Zum Jubiläum im Rahmen von »Guten Morgen Eberswalde« stellten die Eberswalder Waggonkomödianten mit spritzigen und ironisch pointierten Beiträgen eindrucksvoll den Lebensalltag von Menschen mit Behinderungen dar. Die Fraktion ALTERNATIVES WÄHLERBÜNDNIS EBERSWALDE dankt allen Aktivisten und Unterstützern, die sich in den vergangenen 25 Jahren für die Verbesserung der Lebensumstände von Menschen mit Behinderungen im beruflichen und persönlichen Alltag einsetzten. Stellvertretend seien KLAUS MORGENSTERN und KARL-HEINZ LAUTERBACH und ihre Familien genannt.

Das 2010 beschlossene Konzept »Barrierefreies Eberswalde – eine Stadt für alle« gehört regelmäßig unter Einbeziehung der Betroffenen auf den Prüfstand. Bei Bedarf sind Konzept und

Maßnahmeplan inhaltlich, organisatorisch und falls nötig auch finanziell an die aktuellen Erfordernisse anzupassen.

Von mehr als 800 für den Landkreis Barnim avisierten Asylbewerbern und Flüchtlingen aufzunehmen kommen 179 nach Eberswalde. Ihre angemessene Unterbringung ist eine anspruchsvolle Aufgabe. Unsere Fraktion regt an, zeitnah eine erweiterte gemeinsame Sitzung der beiden Ausschüsse für Kultur, Soziales und Integration sowie für Bildung, Jugend und Sport zum Thema durchzuführen. Auf der Fachtagung sollten auch die Wohnungsgesellschaften, Vereine, Verbände und Bildungseinrichtungen vertreten sein. Wir brauchen die Akzeptanz der Bevölkerung und eine breite ehrenamtliche Unterstützung für eine täglich erlebbare Willkommens- und Begleitkultur.

CARSTEN ZINN

Hatte Bahro recht?

»Man kann nicht auf einer Müllkippe biologisches Gemüse anbauen«, schrieb Rudolf Bahro zur Jahreswende 1989/90 ins Nachwort seines Buches »Die Alternative«, das damals erstmals in der DDR erschien.

Mit diesem Gleichnis beschrieb Bahro die damalige SED-PDS. Dieses Namenskürzel stehe »für Stalinismus-Sozialdemokratismus, zwei scheinbar weit voneinander entfernte Phänomene, die aber in puncto Prinzipienlosigkeit und Opportunismus von jeher ebenbürtig sind«. Bahro damals weiter: »Es ist für niemand wichtiger, diesen Verein aufzulösen, als für die Hauptbetroffenen, die sich gegenseitig darin gefangen halten.«

Es ist nun ein Vierteljahrhundert her, als Rudolf Bahro diese Worte aufschrieb. Sein Buch »Die Alternative« las ich erst vor einem Jahr.

Ich gehörte vor 25 Jahren zu den Leuten die immer »noch« nicht ausgetreten waren, wie Bahro es ausdrückte und was er damals als »verderblich für die Zukunft« charakterisierte. Ich hatte im Gegensatz zu ihm noch die Hoffnung, IN und MIT dieser Partei der Gesellschaft etwas geben zu können. Deshalb bin ich noch immer in »diesem Verein«, dem ich mittlerweile seit 37 Jahren angehöre.

Aber nun hat ein Jüngling aus Britz, der noch nicht geboren war, als ich in diese Partei eintrat, und beinahe noch in die Windeln machte als Bahro sein Nachwort schrieb, bei der Landesschiedskommission beantragt, daß ich aus der Partei ausgeschlossen werde – wie Rudolf Bahro, nachdem er sein Buch »Die Alternative« geschrieben hatte. Der Jüngling ist Kreisvorsitzender der Barnimer LINKEN und sogar stellvertretender Landesvorsitzender. Auch meine Genossen Carsten Zinn und Mirko Wolfgramm sollen nach seinem Willen aus der Partei rausgeworfen werden. Bei Carsten Zinn hatte er das schonmal vor zwei Jahren versucht – damals vergeblich.

Was wuchs da auf der Müllkippe heran? Hatte Bahro doch recht?

Die Gelegenheit, nach dem desaströsen Wahlergebnis der Linken zur Landtagswahl seinen Antrag zurückzuziehen, hat der Jüngling nicht genutzt. Die vorgestreckte Hand für Zusammenarbeit und Konzentration auf Sachfragen schlug er aus. Anfang September schrieb er mir: »Es gab seit der Bundestagswahl kein gemeinsames Gespräch... Alles andere werden wir vor der Landesschiedskommission klären«. Das zeugt kaum von Willen, den Konflikt irgendwie einvernehmlich zu lösen. Auf der Mitgliederversammlung des Stadtverbandes Eberswalde am 15. November bestätigte er seine Haltung, wobei er sogar vor Lügen nicht zurückschreckte.

Der Kreisvorstand schweigt sich bislang aus, als handele es sich um eine Privatangelegenheit des Kreisvorsitzenden. Umso erfreulicher sind die solidarischen Gesten vieler einfacher Parteimitglieder, aber auch zahlreicher Nichtparteimitglieder.

Inzwischen hat die Landesschiedskommission meinen Antrag, das Anhörungsverfahren schriftlich durchzuführen, akzeptiert. Im Januar hat die Basisgruppe »Georgi Dimitroff«, der die drei Ausschlußkandidaten angehören, nochmals eine ausführliche Stellungnahme nach Potsdam geschickt. Die Schiedskommission wird nun voraussichtlich im Laufe des Februar über den Ausschlußantrag entscheiden.

Richtschnur für den Umgang mit dem Rauswurfantrag ist die Parteisatzung. Und danach kann es aus meiner Sicht nur eine Entscheidung geben: Die Zurückweisung des Ausschlußantrags.

Unabhängig davon kann ich nur sagen, daß es mich sehr traurig macht, daß Bahro vielleicht doch recht hatte.

GERD MARKMANN

Die Sonne schickt keine Rechnung

Aber das Finanzamt – Energiepolitik aus Sicht von Otto-Normalverbraucher

Mit dem Spruch: »Die Sonne schickt keine Rechnung« werben Hersteller von Solarstromanlagen dafür, selbst Sonnenstrom zu produzieren und die Anlagen dazu – natürlich von ihnen – zu kaufen. Die Argumente klingen auch ganz plausibel. Man kann den Strom zu einem garantierten Festpreis verkaufen und man kann ihn auch selbst verbrauchen. Sogar für den Selbstverbrauch gibt es noch ein paar Cent je Kilowattstunde obendrauf, denn wir fördern ja erneuerbare Energien, von wegen Klimawandel und so! Sonnenstrom ist also ein lohnendes Geschäft und wieder ein Schritt zu mehr umweltfreundlicher Energie. Es wird uns dann sogar vorge-rechnet, wieviel Öl oder Gas oder Kohle wir gespart haben und wieviel Kohlendioxid (Treibhausgas!) wir vermieden haben. Da fragt man sich doch, warum nicht längst auf jedem Dach Sonnenkollektoren liegen und Strom produzieren. Um die Frage zu beantworten muß man sich etwas intensiver mit der Materie beschäftigen.

So eine Anlage kostet eine ganze Menge Geld. Der Preis scheint sich weniger an den Herstellungskosten als vielmehr an der Einspeisevergütung zu orientieren. Mit der Einspeisevergütung sind die Anlagenpreise in den vergangenen Jahren stetig gefallen. Das System ist so ausgeklügelt, daß sich eine Anlage frühestens nach fünf Jahren »rechnet«, d.h. wenigstens keinen Verlust mehr macht. Wenn sie jedoch kreditfinanziert wurde, dann dauert es noch länger, ehe sie einen kleinen Gewinn abwirft. Ein kluger Unternehmer investiert nicht in eine Anlage, die sechs und mehr Jahre braucht, um sich zu amortisieren, es sei denn der »Verlustbringer« paßt ins Steuerkonzept.

Nun gibt es Hauseigentümer, die haben etwas Geld »auf der hohen Kante«. In den jetzigen Zeiten extrem niedriger Zinsen ist jeder daran interessiert, aus seinem Geld etwas mehr Geld zu machen. Da ist eine Photovoltaikanlage vielleicht keine so schlechte Idee. Also ran, lieber heute als morgen, und so ein Ding auf's Dach gesetzt! Ab sofort gibt's dann selbst erzeugten Strom zum Nulltarif! Ist das wirklich so? Sehen wir uns das mal genauer an!

Jetzt sind wir Unternehmer, Gewerbetreibende. Zwar müssen wir – überwiegend wegen Geringfügigkeit – kein Gewerbe anmelden, aber das Finanzamt schickt trotzdem eine Gewerbesteuererklärung, die wir ausfüllen sollen. Ergebnis ist dann meistens, daß wir keine Gewerbesteuer zahlen müssen; wir erreichen die Mindestumsatzgrenze nicht. Aber bei großen Anlagen – etwa auf einem Flugplatz – da bringt die Gewerbesteuer schon richtig Geld in die Staatskasse!

Durch den Verkauf von Strom haben wir nun Einnahmen, unser Einkommen ist gewachsen und jetzt überschreiten wir vielleicht die Mindestgrenze »Steuerfreibetrag«. Plötzlich sind wir einkommensteuerepflichtig und auch wer etwa als Rentempfänger bisher keine Steuerformulare ausfüllen mußte, muß jetzt eine Einkommensteuererklärung abgeben. Manch einer hat »Glück«. Er erreicht noch nicht die Mindestgrenze, etwa weil der sogenannte Ertragsanteil aus der Rente zu gering ist, und das Finanzamt geht leer aus. Andere haben dieses Glück nicht und sind dann überrascht, daß plötzlich pro Jahr mehr als tausend Euro Einkommensteuer zu berappen sind.

Um uns über die Freigrenze zu hieven geht das Finanzamt ganz trickreich vor. Hier ein Beispiel: Die Mehrwertsteuer für die Anlage,



FOTO: TORSTEN KLEINREICH

die wir ja als Unternehmer nicht bezahlen müssen, aber zunächst bezahlt haben, bekommen wir vom Finanzamt erstattet. Hier läßt sich das Amt Zeit. Das Geld ist frühestens im Folgejahr wieder auf unserem Konto und – das wollen wir gar nicht glauben – diese Rückzahlung rechnet uns das Finanzamt nun als »Einnahme« an, die natürlich zu versteuern ist. Wenn – überhaupt – diese Rückzahlung eigenen Geldes eine »Einnahme« ist, dann natürlich im Jahr des Erwerbs der Anlage. Ist doch logisch, oder? Das sieht das Finanzamt jedoch ganz anders! Es gilt das Jahr der Rückzahlung und dieses Jahr hat das Finanzamt (zu unseren Ungunsten!) »klug« gewählt.

Im ersten Nutzungsjahr der Anlage wird deshalb ein kräftiger Steuerbetrag fällig und das Finanzamt hat so die rückerstattete Mehrwertsteuer elegant wieder »drin«, jedenfalls einen großen Teil davon!

Wir trösten uns und sagen, ich habe ja nun den selbst verbrauchten Strom umsonst, also doch etwas »gut gemacht«. Das »umsonst« trifft jedoch leider nicht zu, denn auch hier will das Finanzamt mitkassieren. Jetzt geht es um Umsatzsteuer oder auch Mehrwertsteuer. Für jede Kilowattstunde Eigenverbrauch sind 19% Mehrwertsteuer fällig. Der Netzbetreiber, der uns ja den eingespeisten Strom bezahlen muß, überweist zusätzlich zur Einspeisevergütung die Mehrwertsteuer, die wir an das Finanzamt abzuführen haben. Warum eigentlich dieser Umweg?, aber darum geht es hier nicht. Es geht um den Strom, den wir gar nicht verkauft, sondern selbst verbraucht haben. Hätten wir ihn verkauft, hätte das Finanzamt 19% Mehrwertsteuer kassieren können. Obwohl wir ihn gar nicht verkauft haben will das Finanzamt trotzdem Mehrwertsteuer haben – für den selbst verbrauchten Strom, denn es kann ja nicht

sein, daß der Staat leer ausgeht, wenn sich jeder seinen eigenen Strom macht! Diese Mehrwertsteuer, die wir ja nicht wirklich eingenommen haben, gilt aber als Einnahme, die zu versteuern ist! Ein guter Freund, der zuweilen eine drastische Ausdrucksweise liebt, meinte: »denen haben sie wohl ins Gehirn gesch...en«

Wir erkennen, daß der Eigenverbrauch – er braucht keine Übertragungsleitungen und ist deshalb technisch sehr sinnvoll!! – sich nicht wirklich lohnt. Hier ist jeder Fall gesondert durchzurechnen!

Bleibt nun noch der »Trost«, daß wir beim Verkauf unseres Stromes eine üppige Einspeisevergütung erhalten und wir den »Eigenbedarf« trotz Mehrwertsteuer vergleichsweise günstig haben. Das ärgert den Bundesumweltminister und deshalb will er die Energiewende verlangsamen. Ökostrom sei ihm zu teuer!

Es trifft zu, daß die Einspeisevergütung vor mehr als fünf Jahren noch als üppig bezeichnet werden konnte. Damals waren jedoch die Anlagen auch noch nicht so vergleichsweise preiswert wie heute, abgesehen von Speicheranlagen, die sich nach wie vor nicht rechnen.

Diese Zeiten sind jedoch spätestens seit 2011 vorbei. Betreiber von Photovoltaikanlagen erhalten jetzt nur noch weniger als 20 Cent je Kilowattstunde, müssen aber, jedenfalls wenn die Sonne nicht scheint, den Strom für mehr als 25 Cent, oft mehr als 30 Cent je Kilowattstunde kaufen – und das ist in unseren Breitengraden die Hauptmenge.

Fassen wir zusammen:

Eine PV-Anlage ist aus unternehmerischer Sicht nicht wirklich lohnend.

Die Einspeisevergütung ist geringer als der Bezugspreis für Elektroenergie.

Selbst für den Eigenverbrauch sind Abgaben fällig.

Das Betreiben einer PV-Anlage verursacht Kosten und steuerliche Nachteile.

Der überwiegende Teil des Elektroenergiebedarfs muß weiter zugekauft werden.

An energieautarken Haushalten besteht seitens des Staates offensichtlich kein Interesse.

Anlagen mit Speicherung sind auf Jahre hinaus ein Verlustgeschäft.

Dieses Ergebnis ist offensichtlich gewollt. So wird die Energiewende nicht gelingen. Aber nun wissen wir wenigstens, warum noch so viele Dächer »kahl« sind und keinen Strom produzieren.

Die nationale bürgerliche Revolution der Griechen

Erwartungsgemäß war aus der Parlamentswahl in Griechenland am 25. Januar die linke Syriza-Partei von Alexis Tsipras als Wahlsieger hervorgegangen. Während in unseren Ländern bis zu einer Regierungsbildung locker mal zwei Monate ins Land gehen, stand die griechische Koalition schon einen Tag nach der Wahl. Am zweiten Tag stellte Tsipras die Minister seines neuen Kabinetts vor, die auch gleich vereidigt wurden. Am Mittwoch nach der Wahl verkündete der neue Ministerpräsident die ersten Maßnahmen: Stopp der ruinösen Privatisierungen von Staatseigentum, Wiederanhebung der Mindestlöhne, Wiedereinstellung entlassener Staatsangestellter. Die in den »EU-Kernstaaten« losbrechende Empörung über die griechischen Unbotmäßigkeiten wurde dann noch getoppt, als Tsipras erklärte, die neuen Rußlandsanktionen der EU nicht mitmachen zu wollen.

Der Schock sitzt tief bei unseren Regierenden. Schon heißt es, Merkel sei mit ihrer Europapolitik gescheitert. Erstaunlicherweise reagierten die Börsen, die den wahren Puls der kapitalistischen Gesellschaft widerspiegeln, weit aus gelassener. Der deutsche Aktienindex generierte in der Woche nach der Griechenlandwahl sogar neue Allzeithochs. Die Erwartungen »der Wirtschaft« entsprechen offensichtlich nicht den in Politik und Medien vorherrschenden Schwarzmalereien.

Schaut man genauer hin, wird schnell klar, daß das Syriza-Programm das einzig mögliche ist, um Griechenland wirklich zu retten. Griechenland-Hilfe in Höhe von 240 Milliarden Euro flossen zu 90 Prozent direkt in die Kassen deutscher, französischer und anderer privater Großbanken, die so ihre Fehlinvestitionen retteten. Die »Sparauflagen« zerstörten nicht nur das soziale, sondern auch das wirtschaftliche Gefüge Griechenlands. Der verordnete Ausverkauf des Staatseigentums erzwang Dumpingpreise, deren Erlöse den Staatshaushalt kaum sanieren konnten, aber die Möglichkeiten für Krisenlösungen aus eigener Kraft weiter einschränkten. Lohn-, Renten Kürzungen und Entlassungen führten unmittelbar zu rapidem Kaufkraftverlust und trieb die verbliebene Wirtschaft in den Kollaps.

Dem muß ein Ende gesetzt werden. Wie es aussieht wird Syriza das Wahlversprechen einlösen. In Griechenland kommt jetzt notwendi-

gerweise eine nationale Bewegung in Gang, die keineswegs auf einen reaktionären nationalistischen Sonderweg aus ist, sondern im Gegenteil eine Chance öffnet, aus der aktuellen neoliberalen Sackgasse, in welche die EU unter deutsch-französischer Herrschaft geraten ist, herauszukommen. Die EU ist als gemeinsamer Wirtschaftsraum nur dann ein Zukunftsmodell, wenn sie nicht zum bloßen Absatzgebiet des Exportweltmeisters verkommt. Irgendwann taugen die kaputtgesparten Protektorate nicht mal mehr als Absatzgebiet.

Griechenland braucht jetzt den Aufbau einer nationalen Industrie. Dort im Land muß Wirtschaftsentwicklung stattfinden. Die griechischen Kapitalisten haben diese Aufgabe seit Ende des 2. Weltkrieges nicht in die Reihe gekriegt. Sie generierten sich als Kompradorenbourgeoisie ohne Interesse am Aufbau von Industrie und der Akkumulation von Kapital. Die direkte Abschöpfung von Reichtum, den sie dann ins Ausland schafften, ist das einzige Metier der griechischen Oligarchen. Deren Plündermentalität war zugleich das Elitier, das den griechischen Faschismus gebär.

Den Job, einen funktionierenden nationalen Kapitalismus aufzubauen, muß nun paradoxerweise die griechische Linke erledigen. Es sollte daher nicht verwundern, daß Syriza den notwendigen Koalitionspartner gerade in der nationalen Partei der Unabhängigen Griechen fand. Deren soziale Basis, vorrangig national

gesinnte Kleinbürger, wartet auf die Erfüllung des gleichen Ziels.

Es ist eine Chance für Griechenland und zugleich eine Chance für Europa. Tsipras könnte sein Land aus der Katastrophe herausführen und damit Portugal, Zypern und anderen den richtigen Weg aus der Krise zeigen.

Hierzu paßt seine Ablehnung der EU-Sanktionspolitik gegenüber Rußland. Damit öffnen die Griechen dem übrigen EU-Europa Chancen, aus dem verhängnisvollen Automatismus auszubrechen, der die Spannungen in der Ukraine und Gesamtosteuropa zur konkreten Kriegsgefahr werden läßt und als Perspektive im besten Fall einen auf Jahrzehnte »eingefrorenen Konflikt«, ähnlich Transnistrien, Georgien oder Berg-Karabach, erhoffen läßt. Notwendig ist ein Ende der Sanktionen und eine Zusammenarbeit mit Rußland. Ein friedliches und wirtschaftlich prosperierendes Europa kann es ohne Rußland nicht geben.

Tsipras muß nun schnell liefern. Die Regierungsbildung ging mit erstaunlicher Geschwindigkeit über die Bühne. Die versprochenen Reformen müssen nun ähnlich dynamisch in Gang kommen. Zum Nutzen von Griechenland und zum Nutzen von Europa.

Ob sich aus der nationalen und vom Wesen her bürgerlichen Revolution heraus möglicherweise eine Permanenz im Sinne Leo Trotzki entwickelt, bleibt offen.

GERD MARKMANN

Freundschaftstreffen

Am 11. März, 14 Uhr, findet der Freundschaftsnachmittag in der Gaststätte »Wilder Eber« in der Heegermühler Str. statt. Wir begrüßen in unserer Mitte Brigitte Großmann aus Berlin. Sie macht Ausführungen zum Motto: Erlebnisse und Erinnerungen von deutschen und sowjetischen Menschen – deren Staaten es schon nicht mehr gibt. Danach erfolgen Informationen zur Freundschaftsarbeit.

Bereits jetzt soll auf die Kranzniederlegung zur Erinnerung an die Piloten Boris Kapustin und Juri Janow am Ostermontag, dem 6. April, um 10 Uhr auf dem Garnisionsfriedhof in der Heegermühler Straße hingewiesen werden. Das Flugzeugunglück vom Stößensee in Westberlin jährt sich zum 49. Mal. Höhepunkt in diesem Jahr ist am 8. Mai der 70. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus. Wir treffen uns an diesem Tag um 17 Uhr am sowjetischen Ehrenmal in der Freienwalder Straße um daran zu erinnern.

WALDEMAR HICKEL

Brandenburgische Freundschaftsgesellschaft e.V., Regionalgruppe Eberswalde

Attac Regionaltag Nord-Ost

Am 21. Februar findet in Potsdam der Attac-Regionaltag Nord-Ost für alle Attacies (und die, die es werden wollen) statt!

Ob aktiv, oder nicht, ob neugierig oder erfahren - Du solltest die seltene Chance nutzen und mehr erfahren, von Attac, von den Gruppen in Deiner Umgebung und den Themen, an denen wir - in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Sachsen-Anhalt - arbeiten.

Kontakte werden neu entstehen, manche die es schon gab, werden ein Gesicht bekommen und es wird viele Gelegenheiten zu interessanten Gesprächen geben. In jedem Falle bist Du herzlich eingeladen, am 21. Februar 2015 nach Potsdam ins Freiland zum Attac-Regionaltag Nord-Ost zu kommen.

Natürlich kommen auch die Inhalte nicht zu kurz. Im Einstiegsreferat wird es um die Rolle der Europäischen Zentralbank (EZB) in der Krisenpolitik gehen. Was macht so eine Zentralbank überhaupt und was hat die EZB mit dem sozialen Desaster in den Krisenstaaten zu

tun? Auch wenn die Politik der EZB abstrakt und weit weg erscheint, hat sie doch Auswirkungen auf unser aller Alltag. Das wirft die Frage auf, was die sozialen Bewegungen vor Ort tun können. Um das Handwerkszeug für diese politische Arbeit geht es danach in verschiedenen Workshops. Außerdem gibt es ein Angebot für Neugierige, die Attac besser kennenlernen möchten. (www.attac.de/regionaltag)

Das Freiland findest Du in der Friedrich-Engels-Straße 22 in Potsdam. Bei Anreise mit der Bahn, vom Potsdamer Hauptbahnhof, Ausgang Landtag/Friedrich-Engels-Straße, dann nach links, Fußweg etwa 10 Minuten.

HOLGER OPPERHÄUSER

Neue Attac-Gruppe Eberswalde

Auftakttreffen am 5. Februar, 19 Uhr

HNEE, Haus 5, Raum 305, Schicklerstraße 5
Thema: Die Freihandelsagenda der EU (Was bedeuten TTIP und andere Abkommen für uns Bürgerinnen und Bürger?)

Ein Stein aus der EU-Mauer ist brüchig

Was man bis jetzt über die Zusammenkunft des griechischen Ministerpräsidenten Alexis Tsipras mit dem EU-Parlamentspräsidenten Martin Schulz (SPD) gehört und gelesen hat, läßt noch viele Fragen offen. Doch eines ist erstmalig: der von den west-imperialistischen Kreisen gesteuerte Konfrontationskurs gegen Rußland und die um ihre Unabhängigkeit kämpfenden Donbass-Gebiete hat einen spürbaren Dämpfer erhalten.

Die klare Aussage der kaum ein paar Tage alten neuen Regierung in Athen hat auch weitere Regierungen der EU-Länder ermutigt, sich gegen die ungerechtfertigten Drangsalierungen im Raum Europa auszusprechen. Wer bisher die Peitsche knallen ließ, wenn zaghafte Proteste aus den Reihen der südlichen EU-Länder wegen wortstarker Diffamierungen ihrer Menschen bezüglich ihrer Arbeitsamkeit kamen, mußte sich nach der zeitgleich durchgeführten Brüsseler Tagung der EU-Außenminister gefallen lassen, die Daumenschrauben vorsichtig lockern zu müssen.

Erstmal keine neuen Wirtschaftssanktionen gegen Rußland und – noch viel wichtiger – die unmißverständliche Absage gegen Gewaltmaßnahmen der ukrainischen Zentralregierung gegen die Aufständischen im Osten ihres Landes, sind wichtige Bausteine auf dem Weg zur Entspannung. »Griechenland setzt sich für die Wiederherstellung von Frieden und Stabilität in der Ukraine ein und will gleichzeitig verhindern, daß ein Graben zwischen der Europäischen Union und Rußland entsteht«, so die Worte des griechischen Außenministers Nikos Kotzias.

Wenn man von von einem Beitrag zum Frieden in Europa sprechen will, dann ist die Initiative der Griechen ein solcher. Wie hilflos wirkt dagegen das Geplapper der »Illner-Talkrunde« im Fernsehen am 29. Januar mit Prominenten aus Wirtschaft und Politik. Nicht allein, daß die Gesprächsteilnehmer sich gegenseitig keine Achtung bei der Diskussion um den Fortbestand einer stabilen Finanzwirtschaft einräumten, schossen sie scharfe Salven auf die Unfähigkeit der Regierenden in Deutschland ab, denen jeglicher Lenkungswille und Vertretungsanspruch für die Mehrheit des Volkes abgesprochen wurde. In Sachen des Einsatzes bewaffneter, deutscher Soldaten im Ausland wird offen zugegeben, daß die neuesten Aktionen in Irak und Libyen nicht mit UN-Zustimmung erfolgen. Das Schnipsen eines NATO-Generals mit dem Finger genügt,

Eine Wende

*Die »Mutti« hatte doch an alle gedacht
und schwere »Sparpakete« fertig gemacht.
Die ärmsten Menschen gingen schon gebückt,
weil diese Last sie fast erdrückt.
Sie ist so stolz und hat es hinbekommen,
wieviele hab'n sich deshalb das Leben genommen?
Nun schicken die Griechen ihr viele Grüße
und schmeißen ihr das »Sparpaket« vor die Füße.
Da staunt die Welt, was machen die Griechen?
Sie woll'n wie Menschen geh'n,
und nicht mehr kriechen!*
ELISABETH MONSING

um die Abgeordneten des Bundestages in der Mehrheit den Finger heben zu lassen, um dem Auslandseinsatz zuzustimmen. Zu gleicher Zeit werden heuchlerische Reden über eine »ewige Verantwortung Deutschlands« gegenüber den im 2. Weltkrieg ausgeraubten und im Vernichtungsfeldzug umgebrachten Menschen gehalten, die gerade in den Ländern lebten, die auch jetzt wieder der Knute deutscher Eroberer unterworfen werden sollen.

Welche das sind? Das ist die Ukraine mit Babi Jar in der Hauptstadt Kiew, wo eines der größten Ausrottungsexempel unter Mithilfe faschistischer ukrainischer Freiwilliger statuiert wurde. Oder Griechenland, wo ganze Dörfer als Vergeltungsmaßnahme für Partisanenkämpfe gegen die deutschen Besatzer zerstört und die Einwohner ermordet wurden. Endlos ist die Reihe der Mordtaten. Und das ging nur mit Hilfe einer Kriegsindustrie, dem militärisch-industriellen Komplex (MIK), wo mit Zwangsarbeitern produziert wurde. Im Auftrage jenes Kapitals in Unternehmen wie Krupp-Thyssen, BASF, IG-Farben, Mannesmann, Krauss-Maffei, aber auch VW und viele mehr, das auch heute wieder Riesengewinne einstreicht, mit ihnen der Staat BRD in Form von Steuern, die der Arbeiter an der Maschine erarbeitet.

Für die Vernichtung! Denn für etwas anderes sind Rüstungsgüter kaum zu gebrauchen. Was in Deutschland und der hochindustrialisierten Welt an Waffen und Rüstungsgütern aller Art mit dem Ziel der Vernichtung produziert wird, geht in die Billionen von Dollar oder EURO und könnte für ein Leben auf der Erde viel besser eingesetzt werden.

Deshalb kann meine Forderung nur sein: Frieden statt NATO.

Und ich fordere Sie auf: Denken Sie heute darüber nach, ob die Nachrichten, die Ihnen im Fernsehen, Rundfunk und anderen Medien geliefert werden, dazu geeignet sind, über diesen Kreislauf des Verbrechens hinreichend zu informieren. Sie können sich besser über die Zusammenhänge in unserer Gesellschaft und die Unzulänglichkeiten des täglichen Lebens informieren, wenn Sie die nicht unter Kontrolle des Kapitals stehenden Medien wie diese Monatszeitung BBP oder die »Junge Welt« oder den »RotFuchs«, eine Monatszeitschrift zur Hand nehmen.

Sie dürfen aber auch gern unsere Veranstaltungen der Regionalgruppe des RotFuchs-Fördervereins besuchen, die sich demnächst am 21. Februar 2015 um 10 Uhr im »Palmencafe« in Altenhof trifft.

Es lebe die internationale Solidarität der Linksdenkenden.

HELMUT BRAUNSCHWEIG

Adios Muchacho

*Johnnys Wege sind beschwerlich,
er ist ziemlich down.
Der wilde Westen ist nicht sein Ding,
doch er hat einen Traum.
Auf dem Rücken eines Pferdes
wird er fort von hier reiten
und sein geliebtes Mädels,
wird ihn dabei begleiten.*

*Johnny sagt: »In meiner Heimat,
fühl' ich mich wie ein Fremder.
Glücklich sind hier
nur all die konsumgeilen Verschwender.
Und sie drängen gedankenlos weiter
auf der Wohlstandsleiter.
Das ist so krank, ich muß hier raus,
ich halt das nicht mehr aus.«*

*Sie und ihr Johnny
halten immer zusammen
Weil hier schon lang' die Säge klemmt,
reiten sie von Dannen.
In eine bessere Welt,
aber leider nur im Traum,
denn daß die Menschheit sich besinnt,
darauf können sie nicht bau'n.*

Refrain:

*Auf, in die endlose Ferne,
den Weg zeigen die Sterne
irgendwo leben, nur
im Einklang mit der Natur.
Sie werden hoffen und vertrauen,
ihrem Ziel entgegen schauen,
sich an Lagerfeuern wärmen
und von kleinen Cowboys schwärmen.*

Text und Musik: SCHRAMMELECKE

Nachruf



Unerwartet erreichte uns am 31. Januar 2015 die Nachricht, daß unser Freund und Genosse

Klaus Drogoin

nach schwerer Krankheit von uns gegangen ist.

Sein Leben gehörte dem Sport und sein Herz schlug buchstäblich bis zur letzten Lebensminute links. Wir werden ihm ein ehrendes Gedenken bewahren.

RotFuchs-Regionalgruppe Eberswalde

Betriebsgeschichte

Dank an die Organisatoren der Ausstellung über das Krafftuttermischwerk (KFM), das Schweinezucht- und -mastkombinat (SZME) und das Schlacht- und Verarbeitungskombinat (SVKE).

Die Darstellung der Geschichte dieser Betriebe ist gleichzeitig die Lebensgeschichte von ehemals 4.000 Menschen, die dort oft Jahrzehnte gearbeitet haben. So produzierten 200 Mitarbeiter des KFM jährlich 250.000 Tonnen hochwertige Mischfuttermittel, davon allein 125.000 Tonnen für das SZME. Die Belegschaft des SZME produzierte mit einer hohen Arbeitsproduktivität jährlich 28.000 Tonnen hochwertiges Schweinefleisch. Die 3.000 Mitarbeiter des SVKE, das in einer Rekordzeit von 18 Monaten mit 700 Mio. Investitionen auf der grünen Wiese gebaut wurde, produzierte jährlich für 1 Milliarde Mark hochwertige Fleischerzeugnisse für die Versorgung der DDR.

Es ist lobenswert, daß die Darstellung sachlich und objektiv erfolgte. Das ist nicht selbstverständlich, nachdem in Filmen oder Medienbeiträgen über die DDR oft schwarz-weiß gemalt wird, wobei das »Schwarz« sehr einseitig hervorgehoben wird. Ich halte solche historischen Darstellungen auch deshalb für wichtig, weil nicht nur die Älteren sich gern erinnern, sondern die heute bis 40 Jährigen das nicht bewußt erlebt haben. Die Absicht der Organisatoren, die Ausstellung für die Zeit bis und nach der Wende weiterzuführen, halte ich für notwendig, weil sie für viele Menschen dieser Betriebe sehr einschneidende Veränderungen in ihrem Leben gebracht hat.

Ich möchte in diesem Zusammenhang den Vorschlag an die Redaktion unterbreiten, über die Vergangenheit dieser Betriebe und darüber hinaus auch über den Kranbau, das Walzwerk oder die Forstwirtschaften zu berichten, weil damit ein großer Kreis von Lesern erfaßt wird. Dafür wird es auch höchste Zeit nach dem die lebenden Zeugen dieser Vergangenheit, die darüber Auskunft geben können, immer weniger werden.

Dr. HELMUT KOCH

Bemerkung der Redaktion: Die Aufforderung, mehr über SVKE, SZME und KFM sowie Kranbau, Walzwerk oder die forstwirtschaftlichen Institute zu berichten, findet unsere Unterstützung. Allerdings kann das nicht Aufgabe der ehrenamtlichen Redaktion sein. Die »Barnimer Bürgerpost« ist schließlich eine Leserzeitung. Wir leiten daher diese Aufforderung weiter – an unsere Leserinnen und Leser.

Barnimer Bürgerpost
a b o n n i e r e n !

eMail: redaktion@barnimer-buergerpost.de
Tel.: 0 33 34 / 35 65 42, Fax: 0 33 34 / 25 92 10

<http://www.bar-blog.de/barnimer-buergerpost/>

Generationsübergreifend Wohnen

Mit 20 großen und kleinen Leuten unter einem Dach solidarisch zusammen wohnen? Das wird bald in Eberswalde möglich sein. Dabei wird es nicht nur um das Wohnen gehen, es werden auch Räume und Gartenflächen eingepflanzt, die durch alle nutzbar sind.

Diese sind Grundlage, um in Gemeinschaft zu leben, eigene Ideen umzusetzen, aber auch ressourcenschonend im Alltag zu leben. Die Bewohnerinnen und Bewohner entscheiden selbst was im Haus passiert und wie Gelder eingesetzt werden, z.B. um ökologische Sanierungen und Umbauten umzusetzen und so den Verbrauch an Wärme, Wasser und Strom zu minimieren. In dem zentrumsnahen Gebäude stehen je nach Lebenssituation verschiedene Wohneinheiten zur Verfügung: Neben der klassischen Wohngemeinschaft sind Familienwohnungen und Einzelwohnungen vorgesehen, die teilweise altersgerecht gestaltet werden.

Die Initiativgruppe besteht u.a. aus einem Architekten, einer Juristin, Freiberuflern und

Studierenden. Sie haben sich in den letzten Monaten damit befaßt, ein passendes Haus zu finden und die Rahmenbedingungen zu klären. Gleichzeitig gründen sie zur Zeit eine Genossenschaft, mit der eine solidarische Eigentumsform möglich wird. Am 3. Januar fand dazu ein Workshop mit einer Expertin zu Finanzierungsmechanismen von solchen offenen Räumen statt (Foto). Am 21. Januar gab es schließlich einen ersten öffentlichen Infoabend für Interessierte und Unterstützer. Etwa 25 Interessierte kamen, ein Dutzend wollen mitmachen. Meist sind es junge Familien, die sich ein Leben in so einem Wohnprojekt vorstellen können. Aber natürlich ist das Projekt auch für Ältere offen.

GLENN ROSSOW



Foto: Glenn Rossow

Über die Initiative:

Seit ca. drei Jahren arbeitet die Gruppe an dem Vorhaben. Dazu wurden verschiedene Konferenzen und Treffen für alternative Wohnprojekte besucht, wie z.B. die »Experiment Days« in Berlin. Dort bestand die Möglichkeit die Eberswalder Idee zu präsentieren, mit Interessenten aber auch Banken und Stiftungen ins Gespräch zu kommen. 2011 ist dort das Konzept mit dem Gütesiegel »Ideale Räume« ausgezeichnet worden. Neben der Immobiliensuche – die sich trotz großem Leerstand in Eberswalde als nicht einfach gestaltet hat – wurden andere gemeinschaftliche Wohnprojekte in Berlin in Brandenburg besucht und interviewt.

Gemeinschaftsleben im Dorf fördern

Kultur- und Bildungsverein Alte Schule Senftenhütte gegründet

Am 7.1. 2015 wurde nach einer gut organisierten fast halbjährigen Vorbereitungsphase der gemeinnützige Kultur- und Bildungsverein Alte Schule Senftenhütte gegründet. In den Vorstand wurden gewählt: Thomas Pätzold (Vorsitzender), Konrad Roterberg (Stellvertreter), Kirsten Thürmann (Kassenwart). Der Vorstand wird umgehend die Eintragung ins Vereinsregister und die Anerkennung der Gemeinnützigkeit beantragen.

Der Verein möchte an der Gestaltung des Gemeinschaftslebens im Dorf mitwirken und engagiert sich deshalb für den Erhalt des Gemeindehauses Senftenhütte (ehemaliges Schulhaus) und dessen intensivere Nutzung durch Vereine und die Einwohner. Durch ein breites, vielseitiges Veranstaltungsangebot im ehemaligen Schulhaus Senftenhütte, das alle Generationen anspricht, trägt der Verein zur Förderung von Kunst und Kultur und politischer Bildung in der Gemeinde und in der Region bei. In verschiedenen Arbeitsgruppen werden eine monatliche Filmreihe, Projekte für Kinder, Literaturabende, Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen, Exkursionen und Events zur Pflege des Brauchtums vorbereitet.

Einen Schwerpunkt der künftigen Arbeit bieten insbesondere die Erforschung der Geschichte des ehemaligen Schulhauses Senftenhütte, der ehemaligen Glashütte in Senftenhütte, der Steinschläger in der Region und das Gespräch mit Zeitzeugen.

Der Verein kooperiert mit der Gemeinde Chorin und dem Amt Britz-Chorin-Oderberg, um das ehemalige Schulhaus Senftenhütte als Ort der lebendigen Begegnung und Auseinandersetzung mit Kultur, Kunst, Regionalgeschichte und Politik zu erhalten und zu entwickeln.

Der Verein ist offen für alle, die an den Projekten mitarbeiten möchten. Anregungen und Spenden sind erwünscht. Zu erreichen ist der Verein über: Dr. Thomas Pätzold, Am Krausenberg 6, 16230 Chorin (eMail: thomas_paetzold@gmx.de, Tel.: 033364/70109).

Kino im Dorf:

Der besondere Film
»Phoenix«

Kultur- und Bildungsverein
Alte Schule Senftenhütte



Ausstellungsjahr startet mit Neuheiten

Das Kunstjahr 2015 in der Kleinen Galerie Eberswalde

Neue Öffnungszeiten, neue Ausstellungen, eine veränderte Jurykonstellation und zukünftig offene Ausschreibungen – das sind die Neuheiten, mit denen wir in das Ausstellungsjahr 2015 starten.

Vier Künstler, die allesamt aus den verschiedensten Regionen Deutschlands stammen, werden ganz unterschiedliche Ausstellungen zum Thema »Kunst jetzt – hier« in Eberswalde zeigen. Den Auftakt macht Matthias Langer. Seine Fotografien zeigen dem Betrachter einen ganz anderen Blick auf Gegebenheiten. Unter dem Titel »es war so« präsentiert er zwei fotografische Serien in Eberswalde. Die Vernissage findet am 4. Februar 2015 in der Kleinen Galerie im SparkassenForum statt.

Diese Vernissage und fortan alle weiteren beginnen um 17 Uhr. Aufgrund von Anregungen und Bürgerwünschen werden die Ausstellungseröffnungen nicht mehr 19.30 Uhr stattfinden, sondern bereits um 17 Uhr. Aber der Mittwoch bleibt als fester Ausstellungseröffnungstag erhalten.

Ab dem 15. April werden Ölbilder der Berliner Künstlerin Christine Falk in Eberswalde zu sehen sein. Die dritte Ausstellung präsentiert dann Werke von Stefan Woike. Ab dem 1. Juli sind seine Bilder zu sehen, wobei die unterschiedlichsten Materialien wie Öl, Acryl, Ed-

ding oder Tusche verwendet wurden. Die vierte Schau im Rahmen des Ausstellungszklus 2015 in der Kleinen Galerie zeigt ab dem 2. September Zeichnungen, Filme und Installationen des Oldenburgers Jens Bachmayer.

Für den Ausstellungszklus 2015 gab es knapp 70 Einreichungen zum Ausstellungsthema »Kunst jetzt – hier«. Das Thema ist im Vergleich zum Vorjahresthema »Die Axt im Walde« offener gefaßt. Die Jury verfolgte damit das Ziel, daß sich Künstler mit ihrem gesamten Oeuvre vorstellen können. Die vergangenen Ausstellungszyklen haben gezeigt, daß nur sehr schwer Kunstproduktionen zu einem bestimmten Thema anzuregen sind. Diesem Fakt trägt die Kleine Galerie Rechnung: Für den Zyklus 2016 wird sich die Kleine Galerie Eberswalde bundesweit als Ausstellungsort ohne festes Thema für Künstler anbieten.

Aber auch ohne Themenvorgabe wird die Kleine Galerie Eberswalde weiterhin ein Ort sein, an dem relevante Standpunkte der bildenden Kunst gezeigt werden. Dafür haben wir eine Jury, die mit professionellem Blick auf die Angebote schaut. Die Jury besteht mit Gudrun Sailer, Ina Abuschenko-Matwejew, Andrea Lühmann und Karl-Heinz Jeron aus regionalen und überregionalen Künstlern.

Ich persönlich danke Eckhard Herrmann für seine lange Tätigkeit als Jurymitglied. Der Zyklus 2016 wird mit Ina Abuschenko-Matwejew kuratiert, auf die Zusammenarbeit freue ich mich sehr. Ich bin auch sehr froh, daß mit ihr wieder eine regionale Künstlerin ins Kuratorium kommt.

Dr. STEFAN NEUBACHER,
Kulturamtsleiter der Stadt Eberswalde

Wenzel im Heidekrugsaal

Zur Eröffnung unserer fünften Saison am 6. März um 20 Uhr haben wir die große Freude und Ehre, den Liedermacher, Dichter, Regisseur und Clown Hans-Eckardt Wenzel mit seinem neuen Programm VIVA LA POESÍA im Heidekrugsaal begrüßen zu dürfen. Der Eintritt beträgt 12 Euro. Details zum Programm finden Sie auf unserer Website (www.heidekrug.org).

Kulturhaus Heidekrug 2.0 e.V.
Brunoldstraße 1 · 16247 Joachimsthal

Erst vor drei Wochen erreichte uns die traurige Nachricht, daß unser guter Freund und Mitstreiter

Werner Böttcher

bereits im November 2014 verstorben ist.

Werner hat unsere Zeitung von Anbeginn als Verteiler im Eberswalder Stadtzentrum unterstützt und tatkräftig für viele neue Abonnenten gesorgt. Zuweilen schrieb er auch Artikel. Vor allem aber setzte er sich auf den verschiedensten Ebenen auch in unfreundlicher Umgebung sehr engagiert für unsere unabhängige Leserzeitung ein.

Am Nachmittag des 1. Mai 2013 – vormittags standen wir noch gemeinsam auf dem Marktplatz am Stand der »Barnimer Bürgerpost« – erlitt er einen Schlaganfall, der seinen Aktivitäten abrupt ein Ende setzte.

Werner wohnte ab Mitte 2013 in einem Pflegeheim in Wolgast. Im November 2014 ist er gestorben. Er wurde 85 Jahre alt.

Wir behalten Werner in unserem Herzen. Unser Mitgefühl gilt der Familie, besonders seiner Frau.

Dr. MANFRED PFAFF (Vorsitzende des Barnimer Bürgerpost e.V.)
GERD MARKMANN (Redakteur der »Barnimer Bürgerpost«)

Wandertips

von BERND MÜLLER

Über die Freienwalder Karpaten

8. Februar, Sonntag, 7 km Wanderung

Mit Klaus Schluchter wandern wir über die Karpaten von Bad Freienwalde. Dabei werden einige nicht so bekannte Orte aufgesucht. Kaffee- und Kuchenrast wird an der Köhlerlei zur Kaffeezeit eingelegt.

Treff: 12.30 Uhr Kirche/Touristinformation, Uchenhagenstraße 3, 16259 Bad Freienwalde

Durch die Cosa Riviera zum Monte Caprino

15. Februar, Sonntag, 6 km Wanderung

Der Weg führt vorbei an Papenteich durch die Cosa Riviera auf den Monte Caprino, auch Ziegenberg genannt. Hier Besichtigung des Kriegerdenkmals. Weiter geht es auf interessantem Rundweg um den Monte Caprino, wo man Bad Freienwalde aus verschiedensten Perspektiven von oben kennen lernen kann. Auf den Pfaden von Bäcker Heide weiter zur nördlichsten Skischanze Deutschlands, wo man einen herrlichen Blick ins Tal hat. Hier gibt es heute auch etwas besonderes zu sehen, denn heute findet an der Schanze der Märkische Wintersporttag statt. Vorbei an alten Buchen geht es zum Moorbad zurück. Am Papenteich kann man gemütlich an der Zwiebel (Cafe) Kaffee trinken. Wanderleiterin Corinna Gerber. Treff: 13.30 Uhr Kurmittelhaus, Gesundbrunnenstraße 33, 16259 Bad Freienwalde

Im grünen Tann am düstern Grund

1. März, Sonntag, 7 km Wanderung

Klaus Schluchter führt uns durch düstere Gründe und dunkle Wälder. Das Landschaftsschutzgebiet Freienwalder Waldkomplex ist ein romantisches Wandergebiet mit wechselndem Waldbestand und lädt förmlich zum Wandern ein. Kaffeezeit in der Köhlerlei ist eingeplant.

Treff: 13.30 Uhr Alte Köhlerlei, Sonnenburger Straße 3c, 16259 Bad Freienwalde

Anmeldung unter 03344/333200 oder wandermueller@aol.com. Wenn nicht anders angegeben werden folgenden Organisationsgebühren erhoben: Erwachsene 2,50 €, ermäßigt 1,50 €, Mitglieder der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. und Kinder mit Familienpaß Brandenburg kostenfrei.

Wanderplan liegt aus

Der aktuelle Veranstaltungsplan der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. für das erste Quartal 2015 hält wieder zahlreiche geführte Touren bereit. Viele Experten konnten für Führungen gewonnen werden.

Der Plan liegt bei den Tourist-Informationen Bad Freienwalde, Eberswalde, Strausberg, Biesenthal, Angermünde und Schwedt, sowie im Binnenschiffahrtsmuseum in Oderberg und in der Geschäftsstelle der NaturFreunde in Bad Freienwalde, Danckelmannstraße 28 für Interessenten kostenlos zur Abholung bereit.

BERND MÜLLER, www.berg-frei.de

Mitglieder des Barnimer Bürgerpost e.V. treffen sich

Eberswalde (bbp). Der Verein Barnimer Bürgerpost e.V. trifft sich am 17. Februar zu seiner diesjährigen Mitgliederversammlung. Auf der Tagesordnung stehen die aktuellen Jahresabschlüsse sowie der Jahres- und Finanzplan für 2015. Neben der turnusmäßigen Neuwahl des Vorstandes und der Kassenprüfer wollen sich die Vereinsmitglieder über die weitere Entwicklung des Vereins und der Zeitung austau-

schen. Auf dem Programm stehen die Gewinnung neuer Vereinsmitglieder ebenso wie verstärkte Aktivitäten im Niederbarnim und die inhaltliche Weiterentwicklung der unabhängigen Leserzeitung »Barnimer Bürgerpost«.

Die Mitgliederversammlung findet im Bürohaus Ulrichspeicher in der Friedrich-Ebert-Straße 12 in Eberswalde statt (neben der Sparkasse). Sie beginnt um 16 Uhr.

Jahresplaner 2015

Im Postkartenformat kommt er nun in die Hände oder als Datei auf die Rechner von Kindern und Jugendlichen, Eltern und anderen interessierten Menschen. Der Jahresplaner 2015 informiert über Freizeiten und Ausflüge, Workshops und Aktionen, die die Evangelische Jugendarbeit und andere Träger im Barnim anbieten. Die Veranstaltungen und Fahrten ermöglichen Abwechslung und Spaß, Erholung und Horizonterweiterung, soziale und politische Besinnung und Bildung. Die günstigen Teilnahmebeiträge werden ermöglicht durch kommunale, kirchliche und andere Förderung. Rechtzeitiges Informieren und Anmelden lohnt sich. Die Jahresplaner 2015 gibt es kostenlos z.B.: in Eberswalde im Jugendtreff Wolke6, Kirchstraße 6, Mail: heinrichoehme@gmx.net und in Bernau im Jugendtreff Offene Hütte Kirchplatz 10, Mail: kjw-bernaun@web.de sowie unter www.ejbar.de

DIETER GADISCHKE

Mit Bestürzung haben wir soeben erfahren, daß unser langjähriger Verteiler in Ostend

Klaus Drogoin

am Abend des 30. Januar 79jährig plötzlich verstorben ist. Unser Mitgefühl gehört seinen Angehörigen. Beisetzung ist am 5.2., 15 Uhr, auf dem Eberswalder Waldfriedhof.

Dr. MANFRED PFAFF,
Vorsitzender des Barnimer Bürgerpost e.V.
GERD MARKMANN,
Redakteur der »Barnimer Bürgerpost«

termine

Eberswalde

Do, 5.2., 17 Uhr Informationsveranstaltung der WHG zum beabsichtigten Wohnungsabriss in der Potsdamer Allee 45-59. Bürgerzentrum im Brandenburgischen Viertel, Schorfheidestr. 13.

Do, 5.2., 19 Uhr Die Freihandelsagenda der EU: Was bedeuten TTIP und andere Abkommen für uns Bürgerinnen und Bürger? Veranstaltung mit Steffen Stierle (Attac). HNEE, Haus 5, Raum 305, Schicklerstraße 5.

Mo, 9.2., 9.30 Uhr Fachsymposium »Bedrohte Wasserwege«, Unser Finowkanal e.V., Plenarsaal im Paul-Wunderlich-Haus.

Mi, 11.2., 10-13 Uhr Rentensprechstunde, »Brandenburgische Rentnerinitiative«, Haus der Volkssolidarität am Richterplatz, Mauerstr. 17

Do, 12.2., 20 Uhr Jazzmer! Klezmer meets Jazz. THE GIORA FEIDMAN JAZZ-EXPERIENCE Maria-Magdalenen-Kirche.

Do, 26.2., 18 Uhr Eberswalder Tauschring in der Galerie plantasia, Eichwerder Str. 1.

Senftenhütte

(Kultur- und Bildungsverein Alte Schule)

Mi, 4.2., 19.30 Uhr Reisebericht-Abend: Abenteuer in Nabibia (Fam. Brusckke und Pätzold).

Mi, 11.2., 19.30 Uhr Kino im Dorf: Phönix.

Do, 19.2., 19.30 Uhr Lesung: Irene Richter, »Unterwegs in unserer schönen Landschaft – ein Wiedersehen in Gedichten und Bildern«.

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon/fax: (0 33 34) 35 65 42 / 25 92 10

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

bbpforum: <http://de.groups.yahoo.com/group/bbp-forum/> und .../bbp-blog/

redaktion: Gerd Markmann

druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088

redaktionsschluß: 29. Januar 2015

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN: DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODE33. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO+.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 26. Februar 2015.

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO = 9 Euro + 3 Euro Spende)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 10 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 3 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in

Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten)

Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

eMail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung der o.g. Angebote)

Coupon senden an: Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)